



Sammelkasten

W. B. 660. (1)

Jahresbericht
der
Gewerbe = Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für die Jahre 1923 und 1924.



VII B
660
(1)

Braunschweig 1925
Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

UB Braunschweig

84



10264-253-1

Jahresbericht
der
Gewerbe = Aufsichtsbeamten
des Freistaates Braunschweig
für die Jahre 1923 und 1924.



Einleitung.

Zu Beginn des Jahres 1923 traten ein akademisch gebildeter und ein aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Beamter in die im Jahre 1922 neu geschaffenen Stellen beim Gewerbeaufsichtsamte ein. Ihre Ausbildung war am 1. Oktober 1923 so weit vorgeschritten, daß nunmehr drei besondere Aufsichtsbezirke gebildet werden konnten. Die Verwaltung jedes Bezirkes ist je einem akademisch gebildeten Beamten, dem ein Hilfsbeamter aus dem Arbeiterstande zur Seite steht, übertragen. Daneben sind der Vorstand des Amtes und eine Gewerbeaufsichtsbeamtin für das Gebiet des ganzen Freistaates tätig. Die Zahl der Revisionen und der revidierten Anlagen hat durch die Vermehrung des Aufsichtspersonals wesentlich zugenommen, so daß jetzt das Ziel, möglichst jede überwachungspflichtige Anlage wenigstens einmal im Jahre zu revidieren, nahezu erreicht ist.

Die akademisch gebildeten Gewerbeaufsichtsbeamten sind neben der ihnen durch die eigentlichen Arbeiterschutzvorschriften zugewiesenen Tätigkeit zeitweise durch Teilnahme an Verhandlungen über die Stilllegung von Betrieben und Betriebsteilen, durch die Erstattung von Gutachten über Anträge auf Zahlung von Kurzarbeiterunterstützung, auf Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und auf Ausstellung von Sprengstofferlaubnis-scheinen wesentlich in Anspruch genommen worden. Auch die Begutachtung der Anträge auf Genehmigung von Tankanlagen für Kraftwagen, welche besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 zahlreich waren, hat sie zeitweise stark beschäftigt.

Zu den Tafeln sind die Zahlen für das Jahr 1923 eingeklammert über die Zahlen für das Jahr 1924 gesetzt worden. Außer den in den Tafeln I bis III angeführten Revisionen sind im Jahre 1923 122 Revisionen, im Jahre 1924 454 Revisionen in reinen handelsgewerblichen Betrieben ausgeführt. Durch diese sind 732 bzw. 794 Angestellte betroffen worden. Ferner sind 512 bzw. 395 Revisionen handwerksmäßiger Betriebe ohne motorische Betriebskraft, 283 bzw. 497 Revisionen motorisch betriebener Anlagen ohne Arbeiter, 414 bzw. 515 Revisionen bei Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern und 263 bzw. 187 Revisionen auf Grund des Kinderschutzgesetzes vorgenommen. Die Gesamtzahl aller Revisionen betrug somit im Jahre 1923 5231, im Jahre 1924 5939, sie hat sich also gegenüber dem Jahre 1922, in dem insgesamt 3643 Revisionen ausgeführt sind, wesentlich vergrößert.

Mit verschiedenen Berufsgenossenschaften hat ein schriftlicher Verkehr stattgefunden, ferner sind mit den technischen Aufsichtsbeamten der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft und der Zuckerberufsgenossenschaft einige Betriebe gemeinschaftlich besichtigt worden.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen.

(Arbeiter und Angestellte.)

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Unter den Auswirkungen des Ruhrkampfes und der immer schneller fortschreitenden Geldentwertung machte sich bereits im Frühjahr 1923 ein Rückgang im Beschäftigungsgrade der Betriebe gegenüber den Vorjahren bemerkbar, der sich bis zum Ende des Jahres zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergange von gewaltigem Umfange mit starker Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeit entwickelte. Die Mehrzahl aller, sowohl der kleineren und mittleren als auch selbst der größten Unternehmungen war gezwungen, die Arbeitszeit zu verkürzen, Arbeiterentlassungen vorzunehmen oder gar den Betrieb zeitweise oder völlig stillzulegen. Durch die allgemein entstandene Unfähigkeit der Bevölkerung, die sonst üblichen Anschaffungen zu machen, wurden namentlich Betriebe des Bekleidungsgebietes, Tischlereien, mechanische und elektrotechnische Werkstätten und Buchdruckereien hart betroffen. Auch das Baugewerbe, das schon in den vorhergehenden Jahren wenig zu tun hatte, erfuhr einen weiteren Niedergang. Selbst die Konservenindustrie, die sonst während der Sommerzeit einer großen Zahl von Arbeiterinnen Beschäftigung zu geben pflegt, war im Jahre 1923 infolge überaus schlechten Ernteaussalles nur kurze Zeit voll beschäftigt. Die gegen Ende des Jahres 1923 erfolgte Stabilisierung der Währung brachte zunächst die erhoffte Verbesserung der Wirtschaft nicht, da die meisten Arbeitgeber nicht über die zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes erforderlichen Geldmittel verfügten und ihnen diese auch von den Banken nur in geringem Umfange und nur gegen ungewöhnlich hohe Zinsen geliehen werden konnten. Erst ganz allmählich ist dann während des Jahres eine langsame Besserung der Wirtschaftslage eingetreten.

Die geschilderten wirtschaftlichen Verhältnisse haben in den Zahlen der in den Jahren 1923 und 1924 nach Tafel II vorhandenen gewerblichen Anlagen und der in ihnen beschäftigten Arbeiter ihren Ausdruck gefunden. Die Zahl der vorhandenen Betriebe hat im Jahre 1923 zunächst gegenüber dem Jahre 1922 noch zugenommen und ist dann im Jahre 1924 unter die Zahl des Jahres 1922 gefallen. Die Zahl der vorhandenen Arbeiter hat dagegen von 64 019 im Jahre 1922 schon im Jahre 1923 auf 61 933 und im Jahre 1924 auf 57 319 abgenommen. Zu der Abnahme der Zahl der Arbeiter wird vermutlich neben der Wirtschaftslage auch die vielfach über acht Stunden am Tage erfolgte Verlängerung der Arbeitszeit beigetragen haben.

Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse sind manche der nach dem Kriege errichteten Anlagen wieder zum Erliegen gekommen. Andere haben ihren Betrieb auf die Erzeugung anderer Gegenstände umgestellt. Infolge zunehmender Verwendung motorischer Betriebskraft und neuerer Arbeitsmaschinen in der Landwirtschaft beginnt sich in einzelnen Gegen-

den in den ländlichen Schmieden und Stellmachereien eine fühlbare Abnahme an Arbeitsgelegenheit bemerkbar zu machen. Daneben trägt die immer noch zunehmende Verwendung elektrisch betriebener Werkzeugmaschinen in diesen Betrieben zu einer Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte bei.

Bis zum Herbst des Jahres 1923 konnte man annehmen, daß das Verständnis für den eigentlichen Zweck des Betriebsrätegesetzes in der Arbeitnehmerschaft allmählich größer werden würde. Wenn auch die Zahl der Betriebsräte, die sich eine sowohl vom Arbeitgeber wie auch von den Arbeitnehmern geachtete Stellung zu verschaffen gewußt hatten und somit dem Sinn und Zweck des Betriebsrätegesetzes gerecht zu werden verstanden, nur gering war, so waren doch in den meisten Betrieben wenigstens Betriebsräte vorhanden. Die Arbeitgeber klärten sie über ihre wirtschaftliche Notlage auf, und infolge der den Entlassungen und Betriebseinschränkungen vorausgehenden Verhandlungen kamen die Arbeitnehmer von der Ansicht ab, daß die Betriebsräte nur dazu da seien, um Lohnerhöhungen oder sonstige Vorteile für sie zu erreichen. Als jedoch die Arbeitslosigkeit gegen Ende des Jahres 1923 bedeutend stieg, machte sich eine Änderung dieser Verhältnisse bemerkbar. In den kleineren Betrieben bis zu 20 Arbeitern war das Fehlen eines Betriebsobmannes die Regel. Auch in vielen mittleren Betrieben war nach Ablauf der Wahlzeit infolge Interesselosigkeit der Belegschaft, oder weil niemand das Amt übernehmen wollte, ein Betriebsrat nicht wieder gewählt worden. Die Gründe für dieses Verhalten werden darin zu suchen sein, daß die Arbeiter in Rücksicht auf die hohe Arbeitslosenziffer fürchten, sich bei dem Arbeitgeber mißliebig zu machen. Daß diese Befürchtung nicht unberechtigt ist, zeigt das Beispiel einer Zuckerwarenfabrik, die, um den ihr unbequemen Betriebsratsvorsitzenden aus dem Betriebe entfernen zu können, ihr Werk für einen Tag stilllegte und ihm nach der Wiedereröffnung die Weiterbeschäftigung versagte. Sie ist allerdings später zur Wiedereinstellung des Betriebsrats verurteilt. In einem anderen Betriebe erklärte ein Arbeiter auf die Frage, warum er sich nicht zum Betriebsrat habe wählen lassen: „Ich verzichte, bin froh, daß ich das Leben habe.“ In einem Betriebe äußerte sich ein Arbeiter anscheinend mit einem Gefühl der Erleichterung dem Beamten gegenüber: „Das Gesetz ist aufgehoben, und wir brauchen nun keinen Betriebsrat mehr zu wählen.“ Nur in den großen Betrieben, in denen die Mehrzahl der Arbeiter noch den Gewerkschaften angehört, sind ohne Ausnahme noch Betriebsräte vorhanden. Doch scheint selbst in diesen Werken ihr Einfluß gesunken zu sein. Ein größeres Interesse für das Betriebsrätegesetz wird bei den Arbeitnehmern voraussichtlich erst dann wieder einsetzen, wenn ihnen infolge reichlicher Beschäftigungsmöglichkeit die Furcht vor Entlassung und Arbeitslosigkeit genommen ist und wenn genügend wirklich geeignete Personen für das Amt des Betriebsrates vorhanden sind. Jedenfalls darf es nicht wie bisher vorkommen, daß Mitglieder des Betriebsrates sich ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Vorschriften vor den anderen Arbeitern zu Überstunden drängen und, um selbst Überarbeit leisten zu können, der Entlassung von Arbeitern zustimmen, oder daß sie sich sonst

unzuverlässig, unselbstständig oder gezezesunkundig zeigen, oder gar wegen Eigentumsvergehen bestraft werden.

Die Arbeiterinnen und vor allem die weiblichen Angestellten haben in der Betriebsvertretung nur äußerst selten die ihnen nach ihrer Zahl zukommenden Plätze innegehabt. Die Frauen sind meist noch weniger als die Männer geneigt, die Interessen ihrer Mitarbeiterinnen dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Die Führung der Vorstandsgeschäfte im Betriebsrate ist von den Frauen meist den männlichen Mitgliedern überlassen. Jedenfalls ist nicht bekanntgeworden, daß ein weibliches Mitglied einer Betriebsvertretung sich für ihre Aufgaben als besonders geeignet erwiesen hat.

Der Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 hat den Abschluß einer großen Zahl von Tarifverträgen, in denen neben den Löhnen auch die Arbeitszeit geregelt wurde, zur Folge gehabt. In vielen derartigen Verträgen ist vorgesehen, daß auf Anordnung der Betriebsleitung die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden und mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung darüber hinaus bis auf 60 Stunden verlängert werden kann. In einigen Fällen wurde auf Veranlassung des Arbeitgebers, um die Gewerkschaften bei dem Abschluß eines Tarifvertrages über die Arbeitszeit auszuschalten, eine „wirtschaftliche Vereinigung“ von den Arbeitnehmern eines einzelnen Betriebes gebildet, mit der dann formell tarifliche Vereinbarungen getroffen wurden. Der Umstand, daß sich rechtlich kaum gegen ein derartiges Verfahren einschreiten läßt, hat dazu geführt, daß in einem Falle die 6 Angestellten einer Lederwarenhandlung unter Führung einer weiblichen Angestellten eine solche wirtschaftliche Vereinigung gründeten, um „das Einverständnis mit ihrer Firma zu pflegen“ und „um die beiderseitigen Interessen wahrzunehmen“. Sie hat dann die Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden festgesetzt.

Schwierigkeiten hat es oft den Gewerbeaufsichtsbeamten gemacht, sich von dem Bestehen eines Tarifvertrages und seinem Inhalt die Kenntnis zu verschaffen, die zur Durchführung der Arbeitszeitverordnung nötig war. Vor allem wußten die Inhaber kleinerer Betriebe oft selbst nicht, ob ihre Betriebe unter einen gültigen Tarifvertrag fielen oder nicht. In einigen Fällen glaubten die Betriebsleiter nach Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern einen gültigen Tarifvertrag abgeschlossen zu haben. Da sich aber herausstellte, daß diese wohl die Verhandlungen geführt und sich mit den getroffenen Abmachungen mündlich einverstanden erklärt, die Niederschrift darüber aber nach der Unterzeichnung durch den Arbeitgeber und den Betriebsratsvorsitzenden selbst nicht unterschrieben hatten, konnten die Vereinbarungen nicht als rechtsgültig angesehen werden.

Auf den Erlaß von Arbeitsordnungen pflegen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer noch besonderen Wert zu legen, wenn die Arbeitsbedingungen bereits tariflich vereinbart sind. Die Aufforderung zum Erlaß einer Arbeitsordnung blieb mehrfach auch deshalb ohne Erfolg, weil sich Arbeitgeber und Betriebsvertretung nicht über den Inhalt einigen konnten, oder auch weil kein Betriebsrat vorhanden war. In einem Falle erklärte der Betriebsrat dem revidierenden Beamten gegen-

über die amtlich geprüfte Arbeitsordnung für nicht maßgebend, weil sie einige für die Arbeiter unbequeme Bestimmungen enthielte.

Die dauernde Verminderung der Kaufkraft des Lohnes im Jahre 1923 hatte naturgemäß eine große Zahl von Lohnstreitigkeiten zur Folge, die jedoch meist durch Verhandlungen der Parteien oder durch Vermittlung des Schlichtungsausschusses bald beigelegt wurden. Zu einem größeren Lohnstreite kam es im Anfang des Jahres 1923 nur in der Holzindustrie ganz Niedersachsens, der mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter endete. In einer größeren Ziegelei verlangten die Arbeiter, obwohl der Lohn tariflich festgesetzt war, ohne Kündigung des Tarifvertrages als wertbeständige Entlohnung den Gegenwert von 1000 Steinen als Wochenlohn. Als die Direktion dieser Forderung nicht nachkam, legten sie die Arbeit nieder. Der Betrieb ist daraufhin im gleichen Sommer nicht wieder aufgenommen worden. In den Rohrzuckerfabriken waren die Löhne ebenfalls tariflich vereinbart. Infolge der natürlich nur in gewissen Zeitabständen stattfindenden Lohnverhandlungen kam es jedoch vor, daß die Löhne durch die außerordentlich schnelle Änderung der Währung beim Eintreffen der Mitteilung über die neuen Sätze schon wieder stark entwertet und gelegentlich sogar geringer als die Sätze der Arbeitslosenunterstützung waren. Diese Verhältnisse führten in einer Zuckerfabrik dazu, daß ein Teil der Belegschaft, als dieser außertariflich gestellte Forderungen nicht zugestanden wurden, der Arbeit fernblieb. Die Absicht der Fabrikleitung, den Betrieb mit dem arbeitswilligen Teile der Belegschaft zweischichtig weiterzuführen, scheiterte an der Ablehnung eines dahingehenden Antrages durch den Demobilmachungskommissar. Durch Eingreifen des Schlichtungsausschusses kam es jedoch sehr bald zu einer Einigung zwischen den Parteien und zur restlosen Wiedereinstellung der Arbeiter.

Nach der Wiedereinführung einer festen Währung und der damit zunächst einsetzenden Zunahme der Arbeitslosigkeit sank die Zahl der Lohnstreitigkeiten sehr stark und es kam auch nur zu wenigen unbedeutenden Streiks, denen meist eine andere Ursache als ein Streit um die Lohnhöhe zugrunde lag. In einigen Fällen gab das Verlangen der Arbeitgeber nach Verlängerung der achtfündigen Arbeitszeit Anlaß zu Streiks oder Aussperrungen. Meist endeten sie mit einer Niederlage der Arbeiter. In einer größeren Maschinenfabrik des Kreises Gandersheim dauerte ein solcher Kampf um die Arbeitszeit mehrere Monate. In einer großen Textilwarenfabrik legte die Mehrheit der Belegschaft die Arbeit nieder, weil das an die Direktion gerichtete Verlangen nach Entlassung eines bereits 25 Jahre im Betriebe beschäftigten Arbeiters, der aus dem Textilarbeiterverbande ausgetreten war und diesen in einer Zeitung angegriffen hatte, nicht erfüllt wurde. Nach wenigen Tagen nahm die Arbeiterschaft jedoch die Arbeit wieder auf. Im gleichen Betriebe kam es im Sommer 1924 zu einer für die Betriebsratsmitglieder folgen schwereren Streitigkeit. Der für den Betrieb gültige Tarifvertrag, in dem eine 54-stündige wöchentliche Arbeitszeit vorgesehen war, lief am 30. Juni ab. Die Verhandlungen, welche über die Erneuerung des Vertrages seit dem 24. Juni stattgefunden hatten, waren ergebnislos verlaufen, so daß der

Schlichter angerufen wurde. Da dieser seine Verhandlung auf den 1. Juli festgesetzt hatte und ihr Ergebnis daher frühestens am 2. Juli im Betriebe bekanntgegeben werden konnte, verlangte die Direktion, daß vom 1. Juli bis zum Eintreffen des Bescheides des Schlichters auf Grund von § 3 der Arbeitszeitverordnung weiterhin 54 Stunden wöchentlich gearbeitet würde. Die Arbeiterschaft war dazu jedoch nur unter der Bedingung bereit, daß nicht erst wie bisher bei einer Vermehrung der Wochenarbeitsstunden über 55 Stunden, sondern bereits über 48 Stunden hinaus ein Lohnaufschlag von 25 Prozent bezahlt würde. Als die Direktion diese Forderung ablehnte, verließen die Arbeiter nach achttündiger Arbeit den Betrieb. Daraufhin kündigte die Direktion auf Grund von § 123 der GD. die gesamte Belegschaft mit sofortiger Wirkung. Bereits am folgenden Tage konnte der Betrieb jedoch mit einer großen Anzahl von Arbeitswilligen wieder aufgenommen werden, und kurze Zeit später war fast die ganze Belegschaft wieder eingestellt. Den Betriebsrat wieder einzustellen, weigerte sich die Direktion in der Annahme, daß dieser die Belegschaft zum Verlassen des Betriebes veranlaßt hätte. Auch durch gerichtliche Klagen hat der Betriebsrat seine Wiedereinstellung nicht erzwingen können. Anlaß zu dem Verhalten des Betriebsrates wird wohl das Urteil eines Gewerbegerichtes gegeben haben, nach welchem beim Fehlen einer tariflichen Vereinbarung alle Arbeit, die über die achttündige Arbeitszeit hinaus geleistet wird, als überstundenarbeit auch während der nach § 3 der Arbeitszeitverordnung für überarbeit freigestellten 30 Tage anzusehen sein soll. Infolge dieses Urteiles hatte der Betriebsrat angenommen, daß die Ablehnung der Leistung von Mehrarbeit als beharrliche Dienstverweigerung dann nicht anzusehen sei, wenn der Arbeitgeber ablehnt, überstundenzuschläge zu bezahlen. Die hiesigen Gerichte haben sich dieser Auffassung jedoch nicht angeschlossen.

Der Schriftverkehr zwischen den Arbeitsnachweisen und dem Gewerbeaufsichtsamte war im Jahre 1923 sehr rege, da die Anträge auf Zahlung von Kurzarbeiterunterstützungen von den Gewerbeaufsichtsbeamten daraufhin begutachtet werden mußten, ob die Kurzarbeit als Folge des Krieges anzusehen sei. Im Jahre 1924 hat diese Gutachtertätigkeit sehr stark nachgelassen und schließlich ganz aufgehört. Sie brachte u. a. folgenden eigenartigen Fall zur hiesigen Kenntnis: Eine bedeutende Maschinenfabrik hatte in der Osterwoche 1923 wegen Mangels an Aufträgen nicht arbeiten lassen und ihren sämtlichen Arbeitern den ihnen tariflich zustehenden bezahlten Urlaub gegeben. Als dann Anfang Juli die Inventur durchgeführt wurde, war es denjenigen Arbeitern, die nicht bei dieser beschäftigt werden konnten, nicht möglich, an diesen Tagen, wie in früheren Jahren, bezahlten Urlaub zu nehmen. Die Firma beantragte daher, die Inventurtage als Kurzarbeitstage anzusehen und zu entschädigen, indem sie hervorhob, daß sie in diesem Jahre die Inventur absichtlich nicht an einem Sonntag und Montag, sondern an drei Wochentagen habe vornehmen lassen, da sie keine Aufträge habe; wenn die Arbeiter nicht in der Osterwoche ihren Urlaub genommen hätten, so sei der Betrieb dennoch stillgelegt worden, und die in der Osterwoche ausfallenden Arbeitstage hätten als Kurzarbeit entschädigt werden müssen.

Der Stand der Arbeitslosigkeit wird gekennzeichnet durch die Zahlen der Arbeitslosen in der Stadt Braunschweig. Sie betrugen nach Angaben des Arbeitsnachweises:

	Männliche		Weibliche	
	1923	1924	1923	1924
Januar	1695	10423	1007	2491
Februar	2278	8329	1115	1895
März	2191	6481	1272	1566
April	2700	3883	1458	1034
Mai	2483	3134	1376	939
Juni	2362	3264	1007	645
Juli	2441	3431	1133	1066
August	3142	3842	1259	949
September	4472	3926	1704	1003
Oktober	6423	3534	2455	995
November	8302	3183	2781	1097
Dezember	9483	3002	2650	1018

In einigen Ortschaften hat dadurch, daß von den bisher vorhandenen 4 Kaliverken eins durch Wassereinbruch völlig zum Erliegen gekommen ist und zwei andere ihre chemischen Fabriken stillgelegt haben, die Arbeitslosigkeit einen außergewöhnlich hohen Grad erreicht. Auch die Stilllegung eines im benachbarten preußischen Gebiete liegenden Kaliverkes hat den gleichen Einfluß auf die nahe an der Grenze liegenden Orte ausgeübt.

Die Lohnzahlungen gestalteten sich während der Inflationszeit wegen des Mangels an geeigneten Zahlungsmitteln häufig sehr schwierig. So wurde z. B. beobachtet, daß im Oktober 1923 einer Maschinenfabrik, die etwa 60 Mann beschäftigte, die Beträge für eine Lohnzahlung von der Bank nur in so kleinen Geldscheinen gegeben werden konnten, daß die Beförderung in einer Kiste mittels Handwagen erfolgen mußte. Mehrfach konnte auch das zur Lohnzahlung erforderliche Geld nicht rechtzeitig beschafft werden, so daß die Arbeiterschaft unruhig wurde, mit Arbeitsniederlegung drohte und in einigen Betrieben auch tatsächlich die Arbeit einstellte. Besonders in den Zuckerfabriken herrschte große Unzufriedenheit unter den Arbeitern, die infolge der schnellen Wertverminderung des Geldes nicht in der Lage waren, in sonst gewohnter Weise von dem ersparten Lohne ihren Unterhalt während der arbeitslosen Winterszeit zu bestreiten. Wegen Geldmangels vereinbarte ein abseits des Hauptverkehrs liegender Ziegeleibetrieb mit seinen Arbeitern, daß sie zwar 48 Stunden in der Woche arbeiten, jedoch zunächst nur für 24 Stunden Lohn und den Rest erst nach Eintritt besserer Verhältnisse erhalten sollten. In einem Dorfe wurde im Oktober 1923 festgestellt, daß ein Bäcker sich den Backlohn nicht in Geld, sondern in Naturalien geben ließ. Für das Backen von 70 Broten ließ er sich z. B. einen Zentner Korn, für das Backen eines Brotes zwei Eier liefern. Auch die Entlohnung von Arbeitern hat in einzelnen Betrieben in Korn oder sonstigen Naturalien stattgefunden. Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß das Wirtschafts-

leben nahe vor dem völligen Zusammenbruche stand, als endlich im Dezember 1923 eine feste Währung wieder eingeführt wurde.

Neben dem bereits angedeuteten Wechsel im Bestande der Betriebe brachte die Inflationszeit auch eine starke Unsicherheit in dem Beschäftigungsgrade, denn viele Betriebe waren nicht in der Lage, ihre Arbeiter 18 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Hier kam es dann gelegentlich vor, daß die Arbeiter und die Betriebsräte auf Entlassung eines Teiles der Belegschaft drangen, damit der verbleibende Teil voll beschäftigt werden konnte. Am schärfsten vertrat diesen Standpunkt die Belegschaft einer größeren Ziegelei. Sie hatte im Frühjahr 1923 mit Genehmigung des Demobilmachungskommissars 10 Stunden täglich gearbeitet, war dann aber, um den Betrieb besser auszunutzen, zu zwei sechsstündigen Schichten übergegangen, wodurch eine große Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung fand. Bald darauf waren aber die Arbeiter mit dem nur sechsstündigen täglichen Arbeitsverdienste, mit dem sie nicht auskommen konnten, unzufrieden und verlangten, daß 30 Mann entlassen und die Verbleibenden 58 Stunden in der Woche beschäftigt würden. Bei den Verhandlungen über den deshalb eingereichten Antrag auf Genehmigung der 58stündigen Wochenarbeit erklärte der Direktor, daß diese Arbeitszeit die mindeste sei, die er aus wirtschaftlichen Gründen innehalten müsse, daß er aber ebenso gern weiterhin in zwei sechsstündigen Schichten arbeiten lasse; der Antrag auf Genehmigung der Überarbeit sei von ihm nur auf Wunsch der Arbeiter gestellt. Da die Gründe der Arbeiter nicht als ausschlaggebend angesehen werden konnten, wurde der Antrag abgelehnt, zumal seine Genehmigung die Entlassung von 30 Arbeitern zur Folge gehabt haben würde. Kurze Zeit darauf kam dann der Betrieb zum Stillliegen, weil die Direktion die Forderung der Arbeiter nach wertbeständiger Entlohnung ablehnte.

B. Arbeiter.

Gegen die Vorschriften der Anordnung über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom ^{23. November 1918,}
17. Dezember 1918, die am 17. November 1923

außer Kraft traten, sind im ersten der beiden Berichtsjahre noch häufig Verstöße festgestellt worden. Meist konnte die Verkürzung unzulässig langer Arbeitszeiten jedoch auf gütlichem Wege erreicht werden, und es brauchte nur in verhältnismäßig wenigen Fällen die Bestrafung der verantwortlichen Personen veranlaßt zu werden. Das war u. a. in folgendem Falle nötig. Der Betriebsleiter einer chemischen Fabrik hatte, obwohl er bereits mehrfach verwarnet war, eine Anzahl Arbeiter seines Betriebes wochenlang zur Leistung von Überstunden und selbst ganzer Doppelschichten nach einem bestimmten Verteilungsplane, an dem der Betriebsrat mitgewirkt hatte, herangezogen. In einem anderen Falle wurde der Inhaber eines Betriebes der Metallindustrie zur Anzeige gebracht. Sein Antrag auf Überarbeit, den er lediglich in Rücksicht auf eine nahe bevorstehende Erhöhung der Eisenbahnfracht gestellt hatte, war abgelehnt; trotzdem aber hatte er im Einverständnis mit seinem Betriebsrat

außer den männlichen Arbeitern auch Arbeiterinnen und Jugendliche länger als 10 Stunden beschäftigt.

Trotz der im allgemeinen ungünstigen Geschäftslage sind im Jahre 1923 in beträchtlicher Zahl Überarbeitsanträge gestellt worden. Oft lag der Grund darin, daß nach einem Mangel an Aufträgen oder an wichtigen Roh- oder Hilfsstoffen plötzlich Bestellungen mit kurzen Lieferfristen oder die benötigten Rohstoffe eingingen. Die Betriebe suchten dann nach Möglichkeit durch gesteigerte Tätigkeit den vorher entstandenen Ausfall an Arbeitszeit und Verdienst wieder einzuholen. Bei der Genehmigung solcher Überarbeitsanträge ist, sofern es die Betriebsverhältnisse nur irgendwie zuließen, auf Einstellung geeigneter Arbeitsloser gebrungen worden.

Seit dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 hat, soweit das nicht schon in den vorhergehenden Wochen geschehen war, in denen lediglich die alten Arbeitszeitbeschränkungen der §§ 135 bis 138 der Gewerbeordnung für Jugendliche und Arbeiterinnen galten, in den meisten Betrieben eine Verlängerung der täglichen Arbeitsdauer stattgefunden. Nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch in großem Umfange bei den Arbeitnehmern machte sich das Streben nach Mehrarbeit bemerkbar. Da die Vorschriften der neuen Arbeitszeitverordnung den von ihnen betroffenen Personen oft nicht sofort verständlich waren, ist gegen sie naturgemäß, namentlich in der ersten Zeit nach ihrem Inkrafttreten, recht oft verstoßen worden. Arbeitszeiten von männlichen Arbeitern bis zu 91 Stunden in der Woche sind z. B. in einer Schokoladenfabrik, solche von Arbeiterinnen bis zu 12 Stunden täglich in einer Spielwarenfabrik und bis zu 15½ Stunden am Tage in mehreren Blechwarenfabriken festgestellt worden. Soweit Arbeiterinnen oder Jugendliche täglich länger als 10 Stunden beschäftigt wurden, sind die verantwortlichen Betriebsleiter fast stets zur Anzeige gebracht worden. Bei unzulässig langer Beschäftigung erwachsener männlicher Arbeiter hat dagegen eine Anzeige in Rücksicht auf die Bestimmung im § 11 der Arbeitszeitverordnung oft unterbleiben müssen.

Wenn auch in vielen Betrieben eine Verlängerung der Arbeitszeit auf über 48 Stunden in der Woche erst nach längerem Widerstande der Arbeiterschaft eingeführt werden konnte, so sind doch vielleicht noch öfter die Arbeiter anderer Betriebe gern zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bereit gewesen. Nicht selten haben nach Angabe der Arbeitgeber die Arbeiter sogar selbst den Wunsch nach längerer Arbeitszeit geäußert, um ihren Verdienst zu erhöhen. In einem Falle hatte der Meister einer chemischen Fabrik, die infolge Absatzmangels ihre Arbeiter nur mit Ausräumungsarbeiten beschäftigte, auf Wunsch der Arbeiter ohne Wissen des Mitinhabers des Werkes, die Arbeitszeit auf 9 Stunden verlängert. Als ein Gewerbeaufsichtsbeamter bei der Betriebsbesichtigung den Meister nach der Arbeitszeit fragte und dadurch der an der Besichtigung teilnehmende Mitinhaber von der Verlängerung der Arbeitszeit Kenntnis erhielt, zeigte dieser sich sehr ungehalten, da nach seiner Ansicht nicht einmal für acht Stunden Arbeit vorhanden war.

Im Anfang des Jahres 1924 ging eine große Anzahl von Anträgen auf Genehmigung verlängerter Arbeitszeiten ein. In vielen Fällen wurden die Antragsteller auf den Abschluß eines Tarifvertrages verwiesen. In anderen Fällen ist jedoch auch für beschränkte Zeit bis zum Abschluß eines Tarifvertrages den Anträgen stattgegeben.

Schwierig war es oft festzustellen, ob eine Verlängerung der Arbeitszeit auf Grund einer tariflichen Regelung nach § 5 der Arbeitszeitverordnung für einen Betrieb ohne weiteres zulässig war. So fiel in einer Blechwarenfabrik zwar die Mehrzahl der Arbeiter nicht unter einen Tarifvertrag, wohl aber bestand ein solcher für die Blechdrucker, die zum Steindruckerverbände gehörten. Die Fabrikleitung gehörte aber wieder der Tarifgemeinschaft, welche den Steindruckertarif abgeschlossen hatte, nicht an. Von den in der Blechdruckerei beschäftigten Hilfsarbeitern waren zwei Personen Mitglieder des Druckereihilfsarbeiterverbandes, für den eine tarifliche Regelung getroffen war, die übrigen dagegen waren überhaupt nicht organisiert. Der Inhaber eines Elektrizitätswerkes, der in seinem Betriebe eine Arbeitszeit von 54 Stunden in der Woche eingeführt hatte, mußte zunächst zugeben, daß die Vereinigung der Elektrizitätswerke, zu der er gehörte, keinen Tarifvertrag abgeschlossen hatte. Er teilte aber später mit, daß seine Vereinigung ihrerseits Mitglied eines Verbandes der Metallindustrie sei, der eine tarifliche Vereinbarung über die Arbeitszeit mit den in Betracht kommenden Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen habe.

Die Bestimmungen im § 7 der Arbeitszeitverordnung verführten die Arbeiter eines Hochofenwerkes und den Leiter ihrer Organisation zu dem Antrage, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter, die unter Hitze, Staub oder schädlichen Gasen zu leiden hätten, nicht nach dem Schiedsspruche des Schlichters 10 bzw. 12 Stunden, sondern in drei Achtstundenschichten beschäftigt würden. Dem Antrage konnte nicht entsprochen werden, da der Reichsarbeitsminister noch nicht die Gewerbebezweige oder Gruppen von Arbeitern namhaft gemacht hatte, auf welche die Bestimmungen des § 7 Anwendung finden sollten. Den gleichen Wunsch hatten die Arbeiter einer Sprengstofffabrik. Auch ihnen mußte ablehnend geantwortet werden.

Die Ausführungsbestimmungen vom 17. April 1924 zur Verordnung über die Arbeitszeit waren den Betriebsleitern fast stets völlig unbekannt. Die in diesen Bestimmungen vorgeschriebenen Mehrarbeitsverzeichnisse und Abschriften der tariflichen Vereinbarungen über die Arbeitszeit wurden bei den Revisionen nirgends vorgefunden.

Im Jahre 1923 war den meisten Ziegeleien wie in den vorhergehenden Jahren gestattet, während des Sommers ihre Arbeiter bis zu 10 Stunden zu beschäftigen. Von dieser Genehmigung waren die Brenner, welche den dauernd unter Feuer befindlichen Ziegelofen zu warten haben, ausgenommen, da sie sonst in zwei 12stündigen Schichten hätten arbeiten müssen und die Vorschriften über die Sonntagsruhe nicht hätten befolgen können. Die Brenner weigerten sich aber sehr oft, einen Dritten neben sich zu dulden, und arbeiteten selbst dann meist 12 Stunden, wenn der Ziegeleibesitzer ihnen einen dritten Mann beigegeben hatte. Dieser wurde dann nur zu Hilfsarbeiten und allenfalls zur Stellvertretung bei der

Wechselschicht herangezogen. Der Direktor einer Ziegelei, deren Brenner sich ebenfalls weigerten, in drei Schichten zu arbeiten, glaubte dadurch die Arbeitszeitsvorschriften umgehen zu können, daß er die Brenner veranlaßte, sich als selbständige Gewerbetreibende bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Er führte sie auch nicht in der Lohnliste und meldete sie nicht bei der Krankenkasse an. Erst als der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte damit drohte, die richterliche Entscheidung über die Rechtsgültigkeit dieses Verfahrens herbeizuführen, gab er seinen Standpunkt auf und beantragte, ihm die zwölfstündige Arbeitszeit der Brenner zu genehmigen. Da andere Brenner nicht zu beschaffen waren und daher auf die Wünsche der vorhandenen Rücksicht genommen werden mußte, ist dem Antrage vom Demobilisationskommissar stattgegeben. Im letzten Jahre arbeiteten die Ziegeleien auf Grund von Tarifverträgen 10 Stunden am Tage. Für die Brenner war in den Verträgen eine 12stündige Arbeitszeit einschließlich der Pausen vorgesehen. Für die Wechselschicht sollte auf Wunsch der Brenner ein Reservebrenner gestellt werden. Dieser Wunsch ist jedoch sehr selten geäußert worden. Die Brenner sind von früher her zwölfstündige Schichten und mindestens achtzehnstündige Wechselschichten gewöhnt. Sie wollen nicht weniger Geld verdienen als die übrigen Ziegeleiarbeiter und legen auf lange Freizeiten keinen Wert, da sie meistens als Saisonarbeiter getrennt von ihrer Familie während der Kampagne auf den Ziegeleien selbst zu wohnen pflegen.

Die Leiter der Rohrzuckerfabriken hatten im Jahre 1923 zum ersten Male ihren Widerstand gegen den dreischichtigen Betrieb fast vollständig aufgegeben. Von den vorhandenen 26 Fabriken arbeiteten nur zwei in zweischichtigem Betriebe. Die übrigen ließen ihre Arbeiter bis auf die Rübenabloader, das Fachpersonal und die Meister in drei achtstündigen Schichten arbeiten. Die Rübenabloader müssen während der Tagesstunden, in denen von den Landwirten die Rüben angefahren werden, zur Verfügung stehen. Würde man sie nur acht Stunden arbeiten lassen, so wäre für ihre Ablösung, für die dann nur noch wenige Tagesstunden übrig blieben, nach Aufhören der Rübenzufuhr bei Eintritt der Dunkelheit keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr vorhanden. Die zweischichtige Beschäftigung des technischen Fachpersonals und der Meister läßt sich nicht umgehen, weil genügend geeignete Personen für eine dritte Schicht nicht vorhanden sind. Der Grund zur Aufgabe des Widerstandes gegen die achtstündige Arbeitszeit dürfte nicht nur in der Bereitwilligkeit der Fabrikleiter, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sondern auch darin zu suchen sein, daß bei achtstündiger Arbeitszeit die von den Fabriken nach dem Gesetze über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 (RGBl. I S. 769) zu tragende Betriebssteuer wesentlich niedriger als bei 12stündiger Arbeitszeit war und die Vermehrung der sozialen Lasten durch Mehreinstellung von Arbeitern gegenüber der Ersparnis an Betriebssteuer nicht wesentlich ins Gewicht fiel. Die in drei Schichten beschäftigten Arbeiter sind aber zum großen Teil, insbesondere soweit sie von auswärts zugereist waren und in den Kasernen der Fabriken wohnten, neben ihrer Schichtarbeit zu Überstunden herangezogen. Ohne solche läßt sich der Betrieb einer Zuckerfabrik schwerlich durchführen, da sie durch Vertretung

plötzlich ausbleibender Arbeiter, durch sofort auszuführende Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten oder durch Verladen von Zucker oder Entladen von Kohlen infolge unregelmäßiger Stellung der Eisenbahnwagen oft unversehens nötig werden. Die auswärtigen Arbeiter pflegen diese Überarbeiten meist gern zu machen, da ihnen der Verdienst für acht Stunden zu gering ist und sie mit ihrer freien Zeit nicht viel anzufangen wissen. Um sie zufrieden zu stellen, werden die Fabrikleiter wohl nicht immer hinreichend Vorsorge zur Vermeidung solcher Überarbeiten treffen. Ein Einschreiten gegen solche Arbeitszeitüberschreitungen fällt meist schwer, da es selten möglich ist, zu beweisen, daß sie nicht zur Vermeidung des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen oder wegen eines Notfalles erforderlich waren. Im Jahre 1924 war zwischen den rübenverarbeitenden Zuckerfabriken und dem Fabrikarbeiterverbande ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem der Zweischichtenbetrieb zulässig war. Das hatte zur Folge, daß von den 26 vorhandenen Fabriken bereits wieder 8 in zwei Schichten arbeiten ließen und nur noch 18 den dreischichtigen Betrieb beibehielten. Letztere werden teils zur Verminderung der noch immer starken Arbeitslosigkeit, teils aber auch wegen der Bestimmung des Tarifvertrages, daß für die zehnte und jede weitere Arbeitsstunde ein Lohnaufschlag von 25 Prozent zu vergüten ist, vorläufig noch von der Rückkehr zur Zweischichtenteilung Abstand genommen haben. Es ist aber anzunehmen, daß sich die Direktoren mancher Zuckerfabriken dem Wunsche ihrer Arbeiter nach möglichst hohem Verdienste beugen und zur Zweischichtenteilung zurückkehren werden, wenn, wie es jetzt der Fall ist, nach den Vereinbarungen im Tarifvertrage zu ihrer Einführung nur die Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung erforderlich ist. Jedenfalls hat aber das Jahr 1923 bewiesen, daß der Durchführung der dreischichtigen Arbeitsweise, wenn genügend arbeitswillige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wirtschaftliche oder technische Gründe nicht entgegenstehen.

Den Konservenfabriken war im Sommer des Jahres 1923 gestattet, daß die über 16 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer mit Zustimmung der gesetzlichen Arbeitervertretung an 60 Tagen bis zum 15. September Überarbeit leisteten. Die Gesamtzahl der Überstunden in dieser Zeit war für die Fertigarbeiter auf 180, für die übrigen Arbeiter auf 120 festgesetzt. Die Arbeitszeit sollte frühestens für die Kesselheizer um 5 Uhr morgens, für die übrigen Arbeiter um 6 Uhr morgens beginnen und spätestens für die männlichen Arbeiter um 10 Uhr abends, für die Arbeiterinnen um 9 Uhr abends enden. Infolge der überaus schlechten Gemüseernte ist diese Genehmigung von den meisten Fabriken nicht ausgenutzt. Nur in der Erbsenzeit, die sich infolge der Witterung und auch infolge der Preisforderungen der Landwirte auf ganz wenige Tage zusammendrängte, haben einzelne Fabriken ihre Arbeiterinnen noch nach 9 Uhr abends weit über 15 Stunden, eine Fabrik sogar bis zu 22 Stunden beschäftigt. Die Bestrafung der verantwortlichen Betriebsleiter ist in diesen Fällen veranlaßt worden. — Im Jahre 1924 war zwischen der Vereinigung der Konservenfabrikanten und dem Fabrikarbeiterverbande tariflich vereinbart, daß an 150 Tagen die Arbeitszeit bis auf 10 Stunden

verlängert werden konnte. Darüber hinaus wurde vom braunschweigischen Arbeitsminister genehmigt, daß die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen an 50 Tagen bis zu 12 Stunden beschäftigt wurden. Auch diese Genehmigung ist, soweit sie sich auf die Zahl der Überarbeitstage bezieht, infolge der Ernteverhältnisse nicht voll ausgenutzt. Dagegen haben wieder einzelne Fabriken während der Spargelzeit und vor allem während der Erbsenzeit ihre Arbeiterinnen weit über das zulässige Maß hinaus bis zu 17½ Stunden und bis 11½ Uhr nachts beschäftigt. Auch gegen die Betriebsleiter dieser Fabriken ist Anzeige erstattet worden. Nur eine der Konservenfabriken hat vorübergehend in zwei Schichten arbeiten lassen. Auch in den Konservenfabriken streben die Arbeiter und vor allem die Arbeiterinnen nach möglichst hohem Verdienste und drängen sich daher zu Überstunden, wenn die starke Anlieferung der Gemüse solche erforderlich macht. Ja, es kommt vor, daß Arbeiterinnen aus einer Konservenfabrik, die keine oder wenig Überstunden machen läßt, nach einer anderen Fabrik, die häufiger überarbeiten läßt, abwandern. Aus diesem Grunde haben die Fabrikanten auch keine Neigung, in den Zeiten übergroßer Anlieferung von Gemüse zwei Schichten einzuführen, ganz abgesehen davon, daß während der Haupterntezeiten der für die Konservenindustrie wichtigsten Gemüsearten, des Spargels, der Erbsen und der Bohnen, infolge der großen Zahl der Fabriken in der Stadt Braunschweig fast keine Reserven an geeigneten Arbeiterinnen auf dem Arbeitsmarkte vorhanden sind, aus denen das nötige Personal für die zweite Schicht entnommen werden könnte.

Im Gastwirtsgewerbe sind weder im Jahre 1923 noch im Jahre 1924 die Arbeitszeitvorschriften im geringsten beachtet worden. Obwohl infolge der oft von Arbeitsbereitschaft unterbrochenen Tätigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit der Gastwirtschaftsgehilfen über das sonst in anderen Gewerben übliche Maß hinaus behördlicherseits Bedenken nicht entgegenstehen dürften und auch die Gehilfenschaft selbst einer solchen Verlängerung der Arbeitszeit nicht ablehnend gegenübersteht, ist es doch hier bislang noch nicht zu tariflichen Vereinbarungen über die Arbeitszeit gekommen. Scheinbar halten die Arbeitgeber solche Vereinbarungen nicht für erforderlich, da auch ohne solche ihr Personal bereit ist, die von ihnen verlangte lange Arbeitszeit innezuhalten. Die Gastwirtschaftsgehilfen vor allem die Kellner, pflegen in ihrem Drange nach möglichst hohem Verdienste wenig Wert auf die Vorschriften der Arbeitszeitverordnung zu legen.

Verstöße gegen das Verbot der Sonntagsarbeit sind nur in wenigen Fällen festgestellt. Ebenso sind auch nur in geringem Umfange Genehmigungen zur Ausführung von Arbeiten an Sonn- und Festtagen erteilt worden. Den Bäckereien ist in beiden Berichtsjahren gestattet worden, am Sonntage vor Weihnachten zu arbeiten, im Jahre 1924 ist ihnen die gleiche Erlaubnis auch für den Karfreitag erteilt worden.

Gegen das Nachtschichtverbot ist in den Bäckereien noch vielfach verstoßen worden, so daß eine große Anzahl ihrer Inhaber zur Anzeige gebracht werden mußte. In den Harzkurorten ließen sich viele Bäcker auch durch ihre Bestrafung nicht abhalten, sowohl nachts wie auch an Sonn-

tagen zu backen. Immer wieder wurden sie bei unzulässiger Nacht- oder Sonntagsarbeit betroffen, so daß eine ganze Anzahl von ihnen in einem Jahre nacheinander dreimal zur Anzeige gebracht werden mußte. In einigen der Orte, in denen die Mehrzahl der Bäcker selbst Wert auf Beibehaltung des Nachtbackverbotes legt, sind von der Bäckerinnung Beauftragte ernannt, die neben den Polizei- und Gewerbeaufsichtsbeamten auf Grund des § 94 c der G.D. bei ihren Innungsmitgliedern die Einhaltung des Nachtbackverbotes überwachen.

Das Festwerden der Währung hat u. a. auch zur Folge gehabt, daß wieder Weizenmehl in größeren Mengen als bisher zur Verfügung stand. Infolgedessen ist bei der Bevölkerung das Verlangen nach frischen Weißbrötchen für das erste Frühstück in wachsendem Maße aufgetreten. Um diesem Verlangen Rechnung tragen zu können, ist im Laufe des letzten Berichtsjahres nach und nach nahezu allen Bäckerinnungen des Landes gestattet worden, bereits um 5 Uhr morgens mit dem Backen zu beginnen.

Gegen die Sonderbestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen ist immer noch oft verstoßen worden. So verging sich der Besitzer einer auswärts gelegenen Konservenfabrik, der als einziger während der Erbsenzeit des Jahres 1923 kurze Zeit in zwei Schichten hatte arbeiten lassen, dadurch gegen die gesetzlichen Bestimmungen, daß er die Arbeiterinnen der ersten Schicht von 3 Uhr morgens bis 11½ Uhr vormittags und diejenigen der zweiten Schicht von 11½ Uhr vormittags bis 8 Uhr abends mit je einer halbstündigen Pause beschäftigte. Auch in einigen anderen Konservenfabriken sind Arbeiterinnen bereits von 4 Uhr morgens an beschäftigt worden. Unzulässige Nachtarbeit von Arbeiterinnen ist außer in den Konservenfabriken auch in anderen Betrieben, z. B. in Druckereien, in einer Lederwarenfabrik und in Blechwarenfabriken festgestellt worden. In einer der letztgenannten waren Arbeiterinnen bis 1 Uhr nachts ohne Aufsicht tätig. Der Betriebsleiter, der diese Beschäftigung ohne Mitwissen des Betriebsrates angeordnet hatte, ist bestraft worden. In einer Anzahl von Damenschneidereien und von Putzgeschäften wurden die Arbeiterinnen in unzulässiger Weise an den Sonnabenden nach 5½ Uhr nachmittags beschäftigt. In Betrieben, in denen die Arbeiterinnen in zwei Schichten arbeiteten, sind mehrfach die vorgeschriebenen Pausen nicht innegehalten.

Nach Einführung einer längeren als achttündigen täglichen Arbeitszeit ist in sehr vielen Betrieben mit Zustimmung oder sogar auf Wunsch der Arbeiterschaft gegen die Vorschrift im § 137 Abs. 3 der G.D. verstoßen. Sowohl die Arbeiter wie die Arbeiterinnen wollen meist den Betrieb nachmittags möglichst früh verlassen, um ihre Gärten oder ihr Hauswesen in Ordnung bringen oder Einkäufe machen zu können. Sie dringen daher auf eine mögliche Verkürzung der Pausen und vor allem der Mittagspause. Daher sind den Betriebsleitern bis auf wenige Ausnahmen die Pausenverkürzungen nachträglich genehmigt worden. Doch ist dabei stets dahin gewirkt worden, daß die Pausen ein gewisses Mindestmaß nicht unterschritten.

Der größten Molkerei in der Stadt Braunschweig ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen zum Füllen der Milchflaschen von 5 Uhr

morgens an gestattet, um die rechtzeitige Milchversorgung der Bevölkerung zu ermöglichen.

In einigen Fällen ist ermittelt worden, daß Arbeiterinnen vor ihrer Niederkunft mit für ihren Zustand ungeeigneten Arbeiten beschäftigt worden waren, so daß sie durch körperliche Beschwerden gezwungen waren, ihre Beschäftigung früher, als sie beabsichtigt hatten, aufzugeben. In den meisten Fällen pflegen aber die Arbeiterinnen bis zum letzten Tage vor ihrer Niederkunft an ihrer Arbeitsstelle auszuharren, um des Lohnes nicht verlustig zu gehen. Aus dem gleichen Grunde ist auch in einigen Fällen die im § 137 Abs. 6 der G.D. vorgeschriebene Schonfrist für Wöchnerinnen nicht innegehalten. Die wirtschaftliche Not zwingt diese oft, die Arbeit nur möglichst kurze Zeit auszusetzen, da das Wochengeld ihren Verdienstausschlag nicht ausreichend ersetzt.

In den von der Gewerbeaufsichtsbeamtin beobachteten Fällen ist es allen Wöchnerinnen möglich gewesen, ihr Kind auch nach Wiederaufnahme der Arbeit zu stillen, doch hat sich das bis auf einzelne Ausnahmen nur morgens und abends ermöglichen lassen, da ihnen während der Mittagspause meist nicht die erforderliche Zeit zur Verfügung gestanden hat.

Gegen die Sonderbestimmungen für Jugendliche und Kinder ist ebenfalls noch oft verstoßen worden. Insbesondere sind in handwerksmäßigen Betrieben Lehrlinge unter 16 Jahren oft unzulässig lange und in einigen Fällen auch Sonntags beschäftigt. Auch die vorgeschriebenen Pausen sind oft nicht gewährt worden.

Wiederholte starke Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften für Jugendliche in einer kleinen Maschinenfabrik wurden im Jahre 1923 aus einem abgelegenen Orte gemeldet. Bei den daraufhin angestellten Ermittlungen unterstützten jedoch, wie schon oft, sowohl die Jugendlichen selbst als auch die erwachsenen Arbeiter des Betriebes den Arbeitgeber durch unwahre Aussagen so sehr, daß es zunächst nicht gelang, zu einer Strafanzeige ausreichende Unterlagen zu beschaffen. Erst bei abermaligem Besuche der Ortschaft gelang es, durch Aussagen der Mutter eines Lehrlings das erforderliche Beweismaterial zu erlangen.

In einer Vogelbauerfabrik ließ sich eine Arbeiterin durch ihre 7 und 9 Jahre alten Kinder beim Zusammensetzen der Vogelbauer helfen. Sie und der Betriebsinhaber sind deswegen verwarnt. In einer motorisch betriebenen Bäckerei wurden 6 schulpflichtige Mädchen mit der Herstellung von Gebäck beschäftigt. Dem Inhaber ist ebenfalls für den Wiederholungsfall Bestrafung angedroht.

Während im Jahre 1923 die Zahl der gewerblich tätigen Schulkinder, auf die das Kinderschutzgesetz Anwendung findet, gegenüber den Vorjahren stark abgenommen hatte, hat sie gegen Ende des Jahres 1924 wieder bedeutend zugenommen. Die größte Zahl von ihnen wird mit Botengängen und kleinen Dienstleistungen für Handelsgeschäfte und mit Austragen von Zeitungen beschäftigt. Auch beginnt sich bereits wieder das Austragen von Brötchen zur Unterstützung der Mutter vor dem Schulbeginn bemerkbar zu machen. Das Austragen von Zeitungen durch Kinder unter 12 Jahren in Begleitung der Mutter findet immer noch in nicht geringem Umfange statt. Der gegen diese Unsitte mit Unterstützung

der Schulpflegerinnen geführte Kampf hat bislang den gewünschten Erfolg noch nicht gezeitigt.

Im Jahre 1923 ist in einer Kreisstadt eine Anzahl von Kindern im Anschluß an den Schulunterricht ohne Rücksicht auf ihr Alter und die Witterung mit Lastkraftwagen zum Rübenverziehen auf die Felder eines benachbarten landwirtschaftlichen Großbetriebes befördert. Von dieser selbst bei nassem Wetter ausgeführten Arbeit kehrten sie erst gegen 9 Uhr abends zurück. Im letzten Jahre hat der Schulvorstand die Teilnahme der Kinder an diesen Arbeiten von seiner Erlaubnis, die nur unter bestimmten Bedingungen erteilt wurde, abhängig gemacht. Gegen Eltern, welche ihre Kinder ohne Erlaubnis an den Arbeiten teilnehmen ließen, ist vom Schulvorstande mit Geldstrafen vorgegangen.

In einem Badeorte hatte sich unter den schulpflichtigen Knaben in größerem Maßstabe die Sitte eingebürgert, sich zu den ankommenden Zügen den Fremden zur Beförderung des Gepäcks anzubieten. Sie machten damit den gewerbsmäßigen Gepäcsträgern fühlbare Konkurrenz, obwohl sie für ihre Dienstleistung in der Regel die gleiche oder gar eine höhere Bezahlung als die Gepäcsträger verlangten.

Wahrnehmungen, welche darauf schließen lassen, daß ein genügender Nachwuchs an Lehrlingen in den Fabrik- und Handwerksbetrieben nicht gesichert wäre, sind nicht gemacht worden. Vielmehr wurde in manchen Handwerksbetrieben eine Überschreitung der durch Verordnungen oder durch Vorschriften der Handwerkskammer festgesetzten Lehrlingshöchstzahlen festgestellt. Irgend ein Einfluß der gewerkschaftlichen Lohnpolitik auf den Zugang junger Leute zu den Fachberufen ist bisher hier nicht beobachtet. Die Dauer der Lehrzeit hat sich im allgemeinen gegenüber den früheren Jahren kaum geändert. Bei der teilweise außerordentlich schlechten Geschäftslage vieler Handwerksmeister im Jahre 1923 sind diese in größerer Zahl zur völligen Einstellung ihrer Betriebe und damit auch zur Entlassung ihrer Lehrlinge gezwungen gewesen. Ob diese Lehrlinge später von ihren Lehrherren wieder eingestellt sind oder in anderen Betrieben ihre Lehrzeit fortgesetzt haben, hat sich nicht verfolgen lassen. Von nachteiligem Einfluß wird das Jahr 1923 auf die Ausbildung der Lehrlinge auch in den Betrieben gewesen sein, die infolge Arbeitsmangels den größten Teil ihrer Gehilfen entlassen mußten, da dann naturgemäß die nötige Anleitung fehlte. Nachteilig wird ferner in manchen Berufszweigen für die Lehrlingsausbildung der Umstand sein, daß selbst kleinere Betriebe immer mehr dazu übergehen, sich zu spezialisieren und dadurch die Mannigfaltigkeit der von den Lehrlingen auszuführenden Arbeiten verringern. Daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Lehrlingsausbildung nachteilig wirke, ist zwar von Handwerksmeistern verschiedentlich behauptet, bisher durch Beweise aber nicht belegt worden. Eine zwangsweise Zurückführung der Lehrlinge hat nur ganz vereinzelt stattgefunden.

Die Hausarbeiter in der Kleider- und Wäschekonfektion hatten im Jahre 1923 unter den Folgen der schnellen Geldentwertung und der schlechten Wirtschaftslage schwer zu leiden. Die Inhaber mancher Betriebe wurden erst durch die Einwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamtin veranlaßt,

die übliche monatliche Lohnzahlung durch eine wöchentliche zu ersetzen. Auch waren die Löhne der Hausarbeiter fast stets geringer als diejenigen der Werkstattarbeiter. Nur den Hausarbeiterinnen einer großen Wäschefabrik gelang es, im Frühjahr 1923 durch einen mehrwöchigen Streik einen verhältnismäßig günstigen Tarif zu vereinbaren. Die erreichten Vorteile sind jedoch später wieder verloren gegangen. Als im Sommer des Jahres 1924 die Löhne der gleichen Fabrik abermals stark herabgesetzt wurden, hat eine Anzahl der seit Jahren für den Betrieb beschäftigten Hausarbeiterinnen die weitere Übernahme von Arbeiten abgelehnt. Infolge der Arbeitslosigkeit hat der Unternehmer jedoch bald Ersatz für sie gefunden. Derselbe Unternehmer übertrug seinen Heimarbeiterinnen vorübergehend neben der Tagesarbeit auch Nachtarbeit, welche ihnen um 8 Uhr abends zugestellt und am anderen Morgen um 8 Uhr wieder abgefordert wurde. Viele von ihnen wagten nicht, solche Arbeiten abzulehnen. Auch die Abfertigung der etwa 400 Hausarbeiterinnen dieses Betriebes ging besonders an den Löhnungstagen so langsam vor sich, daß die Arbeiterinnen im allgemeinen mit einem Zeitverlust von 2 bis 3 Stunden für den Hin- und Rückweg und die Ablieferung der Arbeiten rechnen mußten. In einem solchen Tage sind in dem kleinen Vorraume der Ablieferungsstelle 40 Personen dicht gedrängt beieinander angetroffen. Auf Abänderung dieses Zustandes ist gedrungen worden.

Die Hausarbeiter in der Tabakindustrie litten oft unter Mangel an Arbeit. Erst in der zweiten Hälfte des letzten Berichtsjahres hat sich ihr Beschäftigungsgrad nach und nach gehoben. Bei der Revision ihrer Arbeitsräume wurden zuweilen unzulässige Verhältnisse angetroffen. In einigen Fällen trockneten die Zigarrenmacher ihren Tabak nachts auf dem nackten Fußboden ihres Arbeitsraumes der gleichzeitig als Wohnraum diente.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit drängten sich im Sommer des letzten Berichtsjahres besonders viele Frauen zur Heimarbeit für die Konservenindustrie. Sie fanden bei ihren Arbeiten oft Unterstützung durch ihre arbeitslosen Männer, die ihnen namentlich den Transport der schweren Säcke mit Gemüse von und nach der Fabrik abnahmen. Während der Spargelzeit ist festgestellt, daß einige Frauen den Spargel abends aus der Fabrik holten und schon um 2 oder 3 Uhr morgens mit dem Schälen des Spargels begannen, da er um 8 oder 9 Uhr morgens bereits wieder abgeliefert werden mußte. Die Vorschrift des Vereins der Konservenfabrikanten, daß die Gemüse, die abends aus der Fabrik geholt werden, nicht vor 5 Uhr morgens verarbeitet werden sollen, ist dabei nicht beachtet worden.

C. Angestellte.

Gegen die Vorschriften über die Arbeitszeit der Angestellten ist sehr oft verstoßen worden. Infolge der starken Finanzschränkung der Banken während der Inflation sind die in ihnen beschäftigten Angestellten in ganz besonders großem Umfange zu Überarbeiten herangezogen. Insbesondere wurden im Anfang des Jahres 1923 die Bankangestellten durch die Jahresabschlußarbeiten übermäßig in Anspruch genommen. Der Platz in

den meisten Banken war durch die bereits erfolgten Mehreinstellungen so sehr beengt, daß eine weitere Vermehrung des Personals nicht möglich war. Außerdem fehlte es an genügend vorgebildetem Personal. Aus diesem Grunde lag eine gewisse Notlage vor, welche die Banken zwang, ihre Angestellten noch über die ihnen meist bereits genehmigte Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden hinaus zu beschäftigen. Es ist zunächst stets versucht, auf gütlichem Wege die Leiter der Banken zu einer möglichen Einschränkung der Überarbeit zu bewegen, da infolge des Reichsgerichtsurteils vom 15. Juni 1922 — 6 a. D. 1798/21 XI 482/22 — ein zwangsweises Vorgehen wenig Aussicht auf Erfolg bot. Erst später wurde der Direktor einer größeren Bank zur Anzeige gebracht, als er längere Zeit Angestellte weit über das zulässige Maß hinaus beschäftigt hatte. Er wurde jedoch sowohl in erster als auch in zweiter Instanz freigesprochen. Von einer weiteren Berufung gegen das Urteil wurde Abstand genommen, da inzwischen am 17. November 1923 die Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten ihre Gültigkeit verloren hatte. Dagegen ist die Bestrafung des Filialleiters einer Bank, der um $\frac{3}{4}$ 12 Uhr abends noch mit zwei männlichen und einer weiblichen Angestellten bei der Arbeit angetroffen wurde, erreicht worden. In den gewerblichen Betrieben sind die mit der Lohnberechnung beauftragten Angestellten, deren Arbeitslast durch die großen Zahlen und die immer häufiger, vielfach dreimal wöchentlich stattfindenden Lohnzahlungen sehr stark zugenommen hatte, während des Jahres 1923 oft übermäßig lange beschäftigt gewesen. Mit dem Festwerden der Währung sind jedoch in dieser Beziehung wieder normale Verhältnisse eingetreten. Einer Anzahl von Konservenfabriken ist genehmigt worden, daß an den Tagen, an denen die Arbeiter Überarbeit leisten mußten, auch die mit der Annahme des Rohgemüses und seiner Ausgabe an die Arbeiter beauftragten Angestellten länger als 8 Stunden beschäftigt werden durften.

Nach dem Erlaß der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 haben die Inhaber der Handelsgeschäfte in vielen Fällen unmittelbar mit ihren Angestellten eine längere Arbeitszeit vereinbart. Insbesondere ist in vielen offenen Verkaufsstellen die Arbeitszeit auf 9 Stunden verlängert, da die Läden wieder bis 7 Uhr abends offen gehalten wurden. Für seine Mitglieder hatte der Verband des Braunschweigischen Großhandels beim braunschweigischen Arbeitsminister beantragt, auf Grund des § 6 der Arbeitszeitverordnung generell eine längere Arbeitszeit der Angestellten zu genehmigen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß entsprechend dem einmütigen Wunsche der Angestelltenverbände die Arbeitszeit nach § 5 der Verordnung tariflich zu vereinbaren sei. Der Verband des Großhandels wandte sich daraufhin beschwerdeführend an den Reichsarbeitsminister, indem er darauf hinwies, daß der Schlichtungsausschuß bereits wiederholt die Unzweckmäßigkeit eines Tarifs für den Großhandel anerkannt habe, und daß nach einer ausdrücklichen Bestimmung in seiner Satzung der Verband als solcher nicht befugt sei, Tarife abzuschließen. Der daraufhin zu einer Äußerung über diese Angaben veranlaßte Schlichtungsausschuß gab an, er habe zwar früher Bedenken gehabt, für alle Gruppen des Großhandels einen Tarif

vertrag über die Bezahlung der Angestellten durch Schiedsspruch festzulegen, weil die Betriebe nach Art und Leistungsfähigkeit zu sehr verschieden seien, über eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit sei jedoch noch nicht verhandelt; wenn der Großhandel sie für möglich halte, wie er durch seine Eingabe bewiese, so könne sie auch durch Tarifvertrag erfolgen. Da durch die gleichzeitig vorgenommenen Revisionen einer größeren Anzahl der Großhandelsbetriebe festgestellt wurde, daß die 48stündige Wochenarbeitszeit nur in wenigen Handelsbetrieben an einzelnen Tagen überschritten war, und somit ein Bedürfnis für eine allgemeine Überarbeitungsgenehmigung nicht anerkannt werden konnte, blieb es bei dem ablehnenden Bescheide.

In einem gewerblichen Großbetriebe sollten nach einer Meldung die Angestellten wöchentlich 50 Stunden arbeiten. Bei der Revision legte die Direktion ein Schriftstück vor, in dem sich der Angestelltenrat damit einverstanden erklärt hatte, daß die über 48 Stunden in der Woche hinaus zu leistenden beiden Stunden als Ersatz für die von jedem Angestellten nach seinem Belieben gemachten Frühstück- und Vesperpausen angesehen würden, da es nicht möglich sei, bestimmte Pausen für diesen Zweck festzusetzen. In einem anderen gewerblichen Betriebe wurden die Angestellten an den ersten fünf Wochentagen unter Berufung auf § 1 Satz 3 der Arbeitszeitverordnung $8\frac{1}{2}$ Stunden beschäftigt, so daß am Sonnabend nur noch $5\frac{1}{2}$ Stunden hätten gearbeitet werden dürfen. Der Inhaber ließ die Angestellten aber auch am Sonnabend $8\frac{1}{2}$ Stunden arbeiten, indem er sich darauf berief, daß er auf Grund von § 3 der Arbeitszeitverordnung an 30 Sonnabenden Mehrarbeit leisten lassen könne. Auf diese Weise hoffte er, zu erreichen, daß seine Angestellten 30 Wochen lang 51 Stunden arbeiteten. Da er 23 Angestellte beschäftigte, erzielte er eine Mehrleistung von 69 Stunden in der Woche und hatte bereits einen dadurch überzählig gewordenen Angestellten entlassen. Es ist ihm mitgeteilt, daß seiner Auffassung nicht beigegeben werden könne.

Unzulässige Beschäftigung von Angestellten an Sonn- oder Festtagen ist in einigen Fällen festgestellt. Die Geschäftsleiter sind deswegen zur Anzeige gebracht worden.

In einer Anzahl von Handelsgeschäften ist zwar festgestellt worden, daß die Zahl der Lehrlinge die Zahl der Angestellten, von denen viele wegen schlechten Geschäftsganges entlassen waren, überwog. Die Lehrlingszahl war jedoch nie so groß, daß ihre Ausbildung gefährdet erscheinen wäre. In einem Falle wurde festgestellt, daß weibliche Lehrlinge bis in die späten Abendstunden beschäftigt wurden, weil sie am Vormittag am Fortbildungsschulunterricht teilgenommen hatten. Da für Angestellte keine Grenze für die Lage der Arbeitsstunden, sondern nur eine Ruhezeit von 11 Stunden zwischen den Arbeitstagen vorgeschrieben ist, konnte dagegen nicht eingeschritten werden.

Ein Angestellter, der nur dadurch zur Übernahme einer Werkmeisterstelle veranlaßt war, daß man ihm mitgeteilt hatte, der Betrieb sei auf 20 Jahre fest gepachtet, und es seien bereits Verhandlungen über seinen Ankauf eingeleitet, brachte nach dem Antritt der neuen Stellung in Gr-

fahrung, daß der Pachtvertrag des Werkes mit einjähriger Kündigungsfrist jederzeit gelöst werden konnte. Als er dem Leiter des Betriebes wegen seiner unwahren Angaben Vorhaltungen machte, wurde ihm erwidert, daß seien „kaufmännische Kniffe“.

II. Schutz der Arbeiter vor Gefahren.

A. Betriebsunfälle.

Aus den der Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben sind im Jahre 1923 insgesamt 1426 Unfälle, von denen 11 den Tod zur Folge hatten, im Jahre 1924 insgesamt 2375 Unfälle, von denen 18 den Tod zur Folge hatten, gemeldet worden. Während sich die Zahl der Unfälle im Jahre 1923 somit ungefähr auf der gleichen Höhe wie im vorhergehenden Jahre gehalten hat, ist sie im Jahre 1924 wesentlich gestiegen. Das wird auf die größere Arbeitsintensität während des letzten Jahres zurückzuführen sein.

Beim Sprengen von Baumstümpfen im Walde für eine chemische Fabrik verließ der Schießmeister, der allein im Besitz eines Sprengstoff-erlaubnischeines war, die Arbeitsstelle, um Sprengstoffe vom entfernt liegenden Bahnhofe abzuholen. Als in seiner Abwesenheit die besetzten Schüsse von den übrigen Arbeitern abgetan wurden, glaubte einer von ihnen, da ein Knall ausblieb, eine Zündschnur habe nicht Feuer gefangen. Er näherte sich dem vermeintlichen Verjäger, um ihn erneut anzuzünden, und wurde aus unmittelbarer Nähe durch den sich plötzlich lösenden Schuß getötet. Der Schießmeister wurde wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juli 1884 unter Anklage gestellt und zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt.

In einem Steinbruche bohrten zwei Arbeiter, angeblich ohne Anweisung des Aufsehers, ein Loch eines Verjägers auf. Bei den ersten Schlägen auf den Bohrer explodierte die Ladung, so daß dem einen Arbeiter die rechte Hand und ein Auge schwer verletzt wurde. Der andere Arbeiter kam mit geringen Verletzungen davon. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in einem anderen Steinbruche bei der Entfernung der Pulverreste aus einem sogenannten Ausbläßer.

Beim Schmieden unter einem Dampfhammer prallte das benutzte Gefenk ab und traf den Hammerführer in den Unterleib, so daß er nach kurzer Zeit starb. An die Benutzung der zum Schutz gegen solche Unfälle daraufhin angeordneten Bleche, die, beiderseits mit Leder überzogen, vor dem Leibe getragen werden sollten, haben sich die Arbeiter bislang nicht gewöhnen können. In einem anderen Betriebe wurde ein Hilfschmied an einem Dampfhammer ebenfalls tödlich verletzt. Er wollte das geschmiedete Winkelstück mit einer Brechstange aus dem Gefenk heben, als der auf der anderen Seite des Hammers stehende Vorschmied bereits das Zeichen zu einem weiteren Schlage des Bärz gegeben hatte. Durch den Schlag des Bärz wurde ihm die Stange gegen den Unterleib geschleudert. Es ist jetzt auf der dem Hammerführer entgegengesetzten Seite

ein Zeiger angebracht, der angibt, wann der Vär abgestürzt ist und das Schmiedestück ohne Gefahr herausgehoben werden kann.

In einem großen Kesselhause kam ein älterer Arbeiter dadurch zu Tode, daß er trotz der Warnung seines Mitarbeiters den Kohlenbunker, an dessen Seiten sich die Kohlen festgesetzt hatten, bestieg, ohne die vorhandene Anseilvorrichtung zu benutzen. Die Kohle löste sich und begrub ihn unter sich, so daß er erstickt war, ehe er ausgegraben werden konnte. Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in einem großen Sägewerke. Ein Arbeiter bestieg den Spänekanal zwischen Silo und Dampfkesselvorfeuerung, um die hängengebliebenen Späne herabzustößen. Da der Schieber vor der Vorfeuerung nicht geschlossen war, entstand, als die Späne nachrutschten, eine Stichflamme, welche die Kleidung des Arbeiters in Brand setzte. Nur dem Umstande, daß sofort Hilfe zur Stelle war, hat der Arbeiter sein Leben zu verdanken.

Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich in einem Steinbruche. In diesem werden die Rippwagen aus einer Tiefe von 10 bis 12 m mittels elektrisch betriebener Winde unter einem Winkel von 45° heraufgezogen. Das Drahtseil soll sich normalerweise mit höchstens zwei Lagen um die Seiltrommel legen. Vor dem Unfalle hat sich vermutlich aber das Seil mehrfach übereinandergelegt. Die oberste Lage rutschte dann von den darunter befindlichen Windungen ab, so daß die Zugwirkung einen Augenblick aufhörte, und der Wagen stillstand oder gar etwas zurückrollte. Infolge des beim Wiederanziehen eingetretenen Stoßes ist der Zughaken ausgerissen. Der abrollende Wagen prallte gegen eine Felswand und das darin befindliche Fördergut verschüttete einen der vor dem Felsen tätigen Arbeiter, so daß er bald nachher verstarb. Bei der Untersuchung hat sich ergeben, daß die Haltevorrichtung für den Seilhaken am Wagen sehr mangelhaft war. Eine stärkere Befestigung der Haken an allen vorhandenen Wagen ist angeordnet.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich an einem Konvertor, in dem Altmessing eingeschmolzen wurde. Unter diesem Altmaterial befanden sich mehrere zylindrische Hohlkörper unbekannter Herkunft, deren Einzelgewicht ca. 400 kg betrug, und die eine Länge von ca. 2000 mm, einen äußeren Durchmesser von ca. 260 mm und einen inneren Durchmesser von ca. 210 mm hatten. An beiden Enden waren sie durch starke Verschraubungen dicht geschlossen. In dem Konvertor, in dem sich außer dem glühenden Koks nur erst wenig Schmelzgut befand, wurde zunächst einer der Hohlkörper eingeschmolzen. Kurz nachdem dann der zweite eingebracht war, erfolgte eine Explosion, die den Konvertor völlig zerstörte und das unverschaltete, mit Ziegeln gedeckte Dach des Gebäudes fast vollständig abdeckte. Die gesamte Belegschaft des Raumes, insgesamt 12 Personen, wurden mehr oder weniger schwer durch Brandwunden verletzt. Die Verletzungen sind jedoch bei allen Arbeitern ausgeheilt, ohne dauernde Schädigungen zu hinterlassen. Die Ursache der Explosion hat sich nicht völlig sicher aufklären lassen. Die Untersuchung der noch vorhandenen gleichen Hohlkörper durch einen Feuerwerker ergab, daß sie völlig leer waren. Da der Hohlkörper, der zu der Explosion Anlaß gegeben hatte, in einer Entfernung von mehreren hundert Metern nur

ohne Verschraubung auf einer Seite, sonst aber kaum deformiert, aufgefunden wurde, ist anzunehmen, daß er keinen Sprengstoff, wohl aber eine gewisse Menge Wasser enthalten hat. Durch die Erwärmung im Kompressor wird, bevor die Wandungen wesentlich an Festigkeit verloren hatten, das Wasser verdampft sein, so daß durch den Dampfdruck die Verschraubung aus dem durch die Hitze gedehnten Gewinde gedrückt wurde. Durch die Berührung des Wasserdampfes mit dem angeblasenen glühenden Kolb ist dann vermutlich Knallgas entstanden, welches die Explosion bewirkte. Zur Vorsicht sind die noch übrigen Hohlkörper vor dem Einschmelzen genau untersucht und zerschlagen worden.

Ein ähnlicher Unfall ereignete sich dadurch, daß ein Arbeiter einer chemischen Fabrik den hohlen Kolben einer Vakuumpumpe in den Schwefelbariumofen legte, um die Kolbenringe zu lockern. Als er die Tür des Ofens öffnete, um den Kolben zu drehen, explodierte dieser, so daß der Arbeiter durch Schwefelbarium und Eisenstücke verletzt wurde. Die Ursache der Explosion wird darin gesucht werden können, daß durch Verdunstung von Schmieröl, welches in den Kolben gelangt war, ein explosionsfähiges Gasluftgemisch entstanden war.

An einer Hochspannungsfernleitung wollte ein Obermonteur eine Störung beseitigen. Dabei wurde er dadurch, daß plötzlich Strom in die ausgeschaltete Leitung kam, getötet. Es muß angenommen werden, daß ein anderer Monteur vorzeitig Strom in die Leitung geschickt hat. Das Unglück wäre aber trotzdem vermieden, wenn der Getötete vorschriftsmäßig eine Sicherheitskette über die Leitung gelegt und diese dadurch gerdet hätte. In einer Transformatorenstation wollte der Schaltwärter eine Klemme, welche eine Spannungsschiene mit der 15 000-Voltleitung verbindet, auswechseln. Trotzdem die Leitung vorher ausgeschaltet und der Umschalter zum Auffuchen eines Fehlers völlig auseinandergenommen war, wurde der Wärter plötzlich durch Strom getötet. Das hat sich nur so erklären lassen, daß die Leitung durch die Entladung eines fernen Gewitters unter Strom gesetzt ist. Ein Kranführer saßte beim Herabsteigen von dem Kran in die Starkstromleitung und erlitt dadurch Brandwunden am linken Arm und linken Bein. Die Stromleitung ist daraufhin in geeigneter Weise verdeckt worden. Ein Arbeiter erlitt beim Herausnehmen eines Steckers für eine Handlampe aus der Steckdose einen elektrischen Schlag, durch den er betäubungslos wurde. Die Isolierung des Leitungsdrahtes war beschädigt und hatte Eisenteile, die der Arbeiter mit der Schulter berührte, unter Strom gesetzt, so daß er in den Stromkreis geriet, als er den Stecker an einer gleichfalls blanken Stelle berührte. Ein anderer Arbeiter wollte eine Störung an einem elektrisch betriebenen Hebezeuge beseitigen. Um zu der Lauffase zu gelangen, bestieg er eine Leiter. Gleichzeitig schaltete der Schichtführer, der den Vorgang nicht sehen konnte, von einem Nebenraume aus den Strom ein. Der Arbeiter verbrannte sich durch Berührung der Sammelschiene die rechte Hand. Er trug selbst die Schuld an seinem Unfalle, da er die Vorschrift, ohne ausdrückliche Anweisung des Schichtmeisters nicht an dem Hebezeug zu arbeiten, nicht befolgt hatte. Ein Elektromonteur erhielt beim Arbeiten an einer Lichtleitung, die nicht ausgeschaltet war,

einen elektrischen Schlag und fiel infolgedessen von der Arbeitsbühne einige Meter tief herab. An den Folgen des Sturzes ist er nach mehreren Wochen gestorben.

In einer Seifenfabrik wurde eine Arbeiterin beauftragt, durch Öffnen eines Ventiles direkten Kesseldampf in die Gelschmelzmasse einzulassen, deren obere Schichten im Siedekessel erstarrt waren. Die Seifenmasse nebst darunter befindlicher Lauge wurde bald nach dem Öffnen des Dampfventiles durch den Dampfdruck hochgeschleudert und verbrühte die dicht neben dem Siedekessel stehende Arbeiterin so stark, daß sie starb. Die Einschaltung eines Dampfminderungsventiles in die Dampfleitung und die Verlegung der Ventile an geschützte Stellen ist zur Verhütung gleicher Unfälle angeordnet. In einer Zuckerraffinerie hatten zwei Arbeiter es unterlassen, nach der Beschickung einer Schrägrostfeuerung für die Schnitzeltrocknung den Rauchzieher zu öffnen. Infolgedessen wurden nach einiger Zeit durch eine Gasexplosion die geschlossenen Aschenfalltüren aufgedrückt und beide Arbeiter durch die Stichflamme schwer verbrannt. Der eine von ihnen ist an den erlittenen Brandwunden gestorben. Am Dampfessel eines Betriebes der Holzindustrie war die Schlammabführung verstopft. Sie war teilweise unter dem Kesselmauerwerke in einem Kanale angebracht, der nur von einer Seite durch einen Einsteigebohrloch zugänglich war. Ein Schlosser entfernte während des Betriebes des Kessels in diesem Kanale das Schlammabführungsrohr und bemühte sich mit Erfolg, die Verstopfung des am Ansatzstutzen des Kessels befindlichen Hahnes zu beseitigen. Da es ihm jedoch nicht gelang, den Hahn sofort wieder zu schließen, wurde er durch das austretende heiße Wasser beim Zurückziehen nach dem Einsteigebohrloch so stark verbrüht, daß er starb. Es ist angeordnet, daß Arbeiten in dem Kanale in Zukunft nur nach Außerbetriebsetzung des Kessels und genügender Abkühlung des Wassers ausgeführt werden.

In einer Zichorienfabrik hatte ein Arbeiter eine Transmissionswelle in Betrieb gesetzt, um einen Riemen nachzusehen. Er wurde von dieser erfasst, gegen eine Wand geschleudert und erlitt eine schwere Schädelverletzung. Ein anderer Arbeiter geriet beim Wachsen eines Riemens zwischen diesen und der Riemenscheibe. In einer Maschinenfabrik kletterte ein Dreher, um einen Riemen aufzuhängen, trotz des entgegenstehenden Verbotes über eine laufende Transmissionswelle, die sich auf einem 3 m über dem Fußboden befindlichen Podeste befindet. Dabei wurde er von der Riemenscheibe erfasst und auf den Fußboden geschleudert. Er erhielt dabei nur eine unbedeutende Stirnwunde. Ein anderer Arbeiter erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Armes dadurch, daß er unmittelbar nach dem Abstellen der Dampfmaschine, als die Transmissionswelle noch nicht zum Stillstande gekommen war, einen Riemen auflegen wollte. Selbst dadurch, daß ein Arbeiter die zum Antriebe einer kleinen Schnitzbohrmaschine dienende Lederschnur auf das im Gange befindliche Vorlegeauge auflegte, ereignete sich ein Unfall. Sein rechter Zeigefinger verwickelte sich dabei in der Schnur, die von der Welle aufgewickelt wurde und den Finger abriß.

Besonders häufig waren wieder wie in früheren Jahren die Finger- verletzungen an den Pressen und Stanzen in den Blechwarenfabriken. Sie waren teils auf mangelnde Vorsicht der Arbeiter, teils auf unsach- gemäße Ausführung der Schutzvorrichtungen zurückzuführen. Eine Blechwarenfabrik hat daher einen Vorarbeiter besonders mit der Über- wachung der Anfertigung und der Instandhaltung der Schutzvorrich- tungen beauftragt. Einen bedauerlichen Unfall erlitt ein Kriegs- beschädigter, dessen künstliches linkes Bein von der als Stütze benutzten unteren Querstange einer Presse abglitt. Er fiel dadurch mit dem Körper auf die Seite und berührte mit dem rechten Fuße den Einrück- hebel. Gleichzeitig suchte er mit der rechten Hand einen Halt und geriet dabei mit dieser zwischen den niedergehenden Stempel und den Rand der Schutzvorrichtung, so daß er ein Glied des Zeigefingers verlor.

Bei den Betriebsrevisionen ist stets darauf geachtet worden, daß die Schmirgelscheiben nur mit den nach ihrer Bindung zulässigen Um- fangsgeschwindigkeiten betrieben wurden und mit geeigneten Schutz- hauben versehen waren. Oft hat die Auswechselung von gußeisernen Hauben durch solche aus zähem Materiale gefordert werden müssen. Wenn auch infolge der dauernden Beaufsichtigung schwerere Unfälle in- folge Zerspringens der Scheiben in den letzten Jahren nicht in größerer Zahl aufgetreten sind, so haben sie sich doch nie ganz vermeiden lassen, da die Scheiben noch immer oft unsachgemäß benutzt und behandelt werden. In den Jahren 1923 und 1924 sind hier fünf Fälle bekannt- geworden, in denen Personen durch das Springen von Schmirgelscheiben verletzt sind. In einem Falle war der Stein fest auf die Welle aufge- trieben; in einem anderen Falle zersprang der Stein dadurch, daß er beim Befördern eines schweren Gegenstandes seitlich einen starken Stoß erhielt. In einem dritten Falle zersprang eine schwache Scheibe von 10 cm Durchmesser, an die der Arbeiter das Werkstück nach Beseitigung der Schutzhaube zu stark angeedrückt hatte. Ferner zersprang ein Schleif- ring von 25 cm Ringbreite, der nur auf einem Ringe von 10 cm Breite eingespannt war, als das Schleifstück zwischen Schleifring und Auflage geriet. Aus ähnlichem Anlaß zersprang eine Schmirgelscheibe, an die der Arbeiter das Werkstück seitlich angeedrückt hatte, als sich dieses zwisch- en Schutzhaube und Stein klemmte. Die Verletzungen der Arbeiter waren jedoch sämtlich nicht so erheblich, daß sie dauernde Schäden zur Folge gehabt hätten.

Der Abbau in den Steinbrüchen und Tongruben gab immer noch häufig zu Beanstandungen Anlaß. In einigen Brüchen und Gruben, die ihre Sprengungen mit Hilfe von Glühzündapparaten ausführten, mußte das Fehlen eines Leitungsprüfers gerügt werden. In einem Steinbruche war sogar ein Glühzündapparat in Benutzung, dessen Ar- retiervorrichtung versagte. Der Sprengmeister hielt die gespannte Feder einfach mit der Hand fest, so daß sehr leicht beim Abgleiten der Hand ein vorzeitiges Zünden der Schüsse eintreten konnte. Auch die Spreng- stoffe waren zuweilen nicht den Vorschriften entsprechend gelagert. In einem Falle war Sprengstoff statt in dem vorhandenen Lager in einer Feldscheune aufbewahrt. In dieser übernachtete ein Obdachloser, nahm

den Sprengstoff mit und bot ihn tags darauf zum Verkauf an. Dadurch wurde der Diebstahl und die unzulässige Lagerung bekannt.

Bei der Befichtigung der Dampfkessel ist wieder mehrfach die Überlastung der Sicherheitsventile festgestellt. Eine Anzahl von Bestrafungen sind deswegen veranlaßt. Die Plattformen der Dampfkessel sind auch immer noch oft in unzulässiger Weise zum Trocknen oder zur Aufbewahrung von allerhand Gegenständen benutzt worden. In einer Zuckerfabrik war auf den Dampfkesseln die Reparaturwerkstätte eingerichtet. Verschiedentlich waren auch zu junge, unerfahrene Personen mit der Bedienung der Dampfkessel betraut. In einer Anzahl von Molkereien war an Stelle des bisher benutzten Dampfkessels ein sogenannter Dampfentwickler in Benutzung genommen. Es ergab sich, daß in einigen Fällen diese ohne Genehmigung nach § 24 der G.D. aufgestellten Apparate unter den Geltungsbereich der allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Landdampfkesseln fielen, weil sie den Bedingungen im § 1 Ziffer 3 nicht entsprachen. Insbesondere waren die an den Dampfentwicklern angebrachten Standrohre oft zu hoch und zu eng. Die Lieferantin der Dampfentwickler ist veranlaßt, diese den gesetzlichen Vorschriften anzupassen.

Infolge der starken Zunahme der Benutzung von Kraftwagen hat sich auch die Zahl der Betriebe, in denen Mineralöle gelagert werden, stark vergrößert. Sehr oft wurden die Lager für diese Betriebsstoffe in unvorschriftsmäßigem Zustande angetroffen, und oft kannten ihre Inhaber die gesetzlichen Vorschriften für die Lagerung von Mineralölen überhaupt nicht. Es ist stets auf Beachtung dieser Vorschriften gedrungen worden.

Zellhorn wird im Freistaate Braunschweig nicht hergestellt. Auch die Bearbeitung von Zellhorn findet nur in einer kleinen Fabrik statt. In dieser werden die Vorräte an Zellhorn in einem feuersicheren Keller-räume, die Abfälle in einem anderen besonderen Räume aufbewahrt. Beide Räume sind vom Freien aus zugänglich. Größere Vorräte an Zellhorn sind infolge des hohen Preises selten vorhanden. Die Werkstätten befinden sich in einem zweigeschossigen Gebäude. Im Erdgeschoß werden nur die feuchten Arbeiten, wie Schleifen und dergl., die übrigen Arbeiten dagegen im Obergeschoße ausgeführt. Nach diesem führt eine feuersichere Treppe, ferner ist auf der Außenseite des Gebäudes eine eiserne Feuerleiter angebracht. Reichliche natürliche und künstliche Beleuchtung ist vorhanden. Letztere entspricht den Vorschriften des Verbandes deutscher Elektrotechniker für explosionsgefährliche Räume. Die zum Formen erforderliche Wärme wird durch eine Gasflamme einem Wasserbade zugeführt. Die Heizung des neueren Arbeitsraumes erfolgt durch einen Kachelofen mit Außenfeuerung. Zwei ältere Arbeitsräume werden allerdings noch durch eiserne Öfen erwärmt. Besondere Mittel zur Verhinderung der Funkenbildung beim Schneiden und Sägen des Zellhorns werden nicht benutzt und haben sich bislang auch nicht als erforderlich erwiesen. Die Abfälle werden, soweit sie nicht angefeuchtet sind, jeden Abend in Säcke verpackt und in den besonderen Aufbewahrungsort gebracht.

Eine Verarbeitung von Zellhorn in der Hausarbeit findet nicht statt, ebenso ist eine Filmindustrie hier nicht vorhanden.

Im großen und ganzen sind von den Arbeitgebern die ihnen gemachten Auflagen zur Erzielung möglichststen Unfallschutzes ohne Zwang befolgt worden. Ganz hat sich jedoch die Ausübung eines solchen durch Erlaß von Verfügungen auf Grund von § 120 d der G.D. nicht vermeiden lassen. In einigen Fällen ist die Vermittlung des Vereines Deutscher Maschinenbauanstalten als Hauptträgerin der Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung in Anspruch genommen, um eine unsichere Ausgestaltung der von auswärtigen Fabriken gelieferten Arbeitsmaschinen zu erreichen.

Noch oft wird bei der Benutzung von Maschinen sehr leichtsinnig verfahren, wie folgende Fälle zeigen. Der Inhaber einer noch im Entstehen begriffenen kleinen Maschinenfabrik hatte sich dadurch eine Kreissäge geschaffen, daß er auf die Welle eines Schleifbodes statt der Schmirgelscheibe ein Kreissägeblatt gespannt und davor auf vier in den Fußboden geschlagenen Stäben einen Kistendeckel befestigt hatte, der als Tisch dienen sollte. Er war von der Gefährlichkeit dieser Einrichtung nicht zu überzeugen. Da er vorläufig allein arbeitete, konnte die Beseitigung der Säge noch nicht verlangt werden. In einer Stellmacherei war ein Arbeiter nicht dazu zu bewegen, an der Radmaschine die Schutzvorrichtung, welche das Erfassen seiner Kleidung durch vorstehende Schrauben verhindern sollte, zu benutzen. Ihm wurde seine Entlassung oder die Ablösung von seiner Arbeit angedroht. In einer Blechwarenfabrik wollte sich ein junger Arbeiter mit der Blechschere die überhängenden Enden eines Fingerverbandes abschneiden. Dabei wurde der Finger von der Schere erfaßt und erheblich verletzt. In einer Maschinenfabrik hatten zwei Arbeiter eine Drehbank in Abwesenheit des Drehers mit der Lichtleitung in Verbindung gebracht. Als der Dreher zurückkehrte und mit der Maschine in Berührung kam, erhielt er einen elektrischen Schlag und erlitt dadurch einen Nervenschock. 7 Tage später hat sich der Dreher, der schon früher oft von seinen Kameraden gehänselt worden war, erhängt. Die an dem Unfall schuldigen Arbeiter sind entlassen worden.

In den Konservenfabriken ereigneten sich bisher oft Unfälle dadurch, daß die Böden der mit Dampf geheizten Blanchierkessel infolge von Wassererschlägen durchgedrückt wurden. Von einem Konservenfabrikanten ist jetzt eine Konstruktion erdacht worden, durch die es mit Sicherheit gelingt, das in den Blanchierkesseln entstehende Kondenswasser zu entfernen, so daß bei Benutzung dieses Verfahrens die gefährlichen Ausbeulungen vermieden werden.

B. Gesundheitschädliche Einflüsse.

In zwei Betrieben wird Säure, davon in einer lediglich Schwefelsäure, in der anderen neben Schwefelsäure auch Salzsäure nach dem Sulfatverfahren hergestellt. In beiden Betrieben haben nachteilige Einwirkungen des Säuregehaltes der Luft in den Arbeitsräumen auf die Arbeiter nicht festgestellt werden können. Eine Anzahl der bei der Herstellung der Schwefelsäure tätigen Arbeiter schreiben dem Säuregehalt

der Luft in ihren Arbeitsräumen sogar eine gewisse krankheitsverhindernde Wirkung zu. In der älteren Schwefelsäurefabrik hat die Ab-
röstung der schwefelhaltigen Erze bis zum Jahre 1914 in 45 kleinen und 12 großen Röstschachtöfen (Kilns) sowie in 7 Fortschauelungsöfen statt-
gefunden, und zur Säuredarstellung sind eine große Zahl kleiner Blei-
kammern benutzt. Sowohl die Öfen, wie die Bleikammern waren alt und
zum Teil baufällig und daher undicht. In diesen Anlagen waren 102 Ar-
beiter tätig. In den Jahren 1914 bis 1918 sind die alten Öfen und
Bleikammern durch moderne Anlagen ersetzt. Von den 102 Arbeitern
sind am 1. Januar 1924 11 Arbeiter wegen Überschreitung des 65. Le-
bensjahres werksseitig in den Ruhestand versetzt, 14 Arbeiter, von denen
nur einer unter 60 Jahre alt war, sind in der Zeit vom 1. April 1914
bis dahin 1924 auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt, 7 sind im
Alter von 41 bis 60 Jahren gestorben, 15 sind im Felde gefallen oder
invalid geworden, freiwillig ausgetreten oder anderen Abteilungen des
Werkes überwiesen und 3 wurden wegen Überschreitung des 60. Lebens-
jahres mit leichteren Arbeiten betraut. 51 Arbeiter sind zur Zeit noch
bei der Bedienung der neuen Anlagen beschäftigt. Von ihnen ist der
älteste seit 1890, der jüngste seit 1903 im Werke tätig. Von den zuerst
erwähnten 11 + 14 Arbeitern sind 10 länger als 50 Jahre im Werke be-
schäftigt gewesen. Auch in der zweiten Fabrik sind eine Anzahl Arbeiter
bereits länger als 12 Jahre bis zu 45 Jahren in den Säureabteilungen
tätig. Auch dieser Betrieb unterstützt noch 5 Altpensionäre, die 35 bis
40 Jahre bei der Säurefabrikation beschäftigt worden sind. Aus diesen
Angaben kann wohl geschlossen werden, daß die Arbeiter in den Schwefel-
und Salzsäure herstellenden Betrieben besonderen Gesundheitsgefahren
durch den Säuregehalt der Luft nicht ausgesetzt sind. Auch in den weni-
gen Betrieben des hiesigen Bezirkes, welche Schwefelsäure in größerem
Umfange verwenden, sind bislang keine besonderen Gesundheitsschädi-
gungen der Arbeiter beobachtet worden. Andere Säuren, insbesondere
Salpetersäure, werden in hiesigen Betrieben in größerem Umfange und
in stärkerer Konzentration nicht verwendet.

Aus einer Zementfabrik wurde eine bemerkenswerte Schädigung
zweier Personen durch Zinkdämpfe bekannt. In diesem Werke sollten
alte teilweise angerostete Rohre aus verzinktem Eisenblech zur Her-
stellung einer Entstaubungsleitung wieder verwandt werden. Sie wur-
den daher mittels Acetylen-Sauerstoffflamme zerschnitten und wieder ge-
schweißt. Diese Arbeiten führte in der Hauptsache ein 20jähriger Schlosser
einer Zeit von $\frac{1}{2}$ bis 8 Stunden, und ausbühlsweise ein 47jähriger
Meister von gesunder, kräftiger Körperbeschaffenheit täglich während
einer Zeit von $\frac{1}{2}$ bis 2 Stunden aus. Beide sagten übereinstimmend
aus, daß sich bei ihnen während der Schweißarbeit zuerst ein süßlicher
Geschmack im Munde, ähnlich dem Saccharingeschmack gezeigt habe. Je
nach der Dauer der Beschäftigung mit der fraglichen Arbeit haben die
Krankheitserscheinungen dann alle Stufen von der Übelkeit bis zum Er-
brechen und bis zur Schlaflosigkeit in der folgenden Nacht bei Fieber,
Schüttelfrost und starkem Schweiß gezeigt. Der Werkmeister empfand

an dem der Schneidarbeit folgenden Tage außer einer gewissen Mattigkeit keine Beschwerden, der Schlosser glaubte aber, auch nach einigen Wochen eine gewisse Erkrankung der Nasenschleimhäute und der Atmungsorgane nicht ganz überwunden zu haben. Nach dem Bekanntwerden dieser Krankheitsercheinungen sind die verzinkten Rohre auf Anordnung der Betriebsleitung vor dem Schneiden und Schweißen ausgeglüht worden. Da daraufhin die Krankheitsercheinungen nicht wieder aufgetreten sind, muß angenommen werden, daß sie allein durch die Verbrennungsgase des Zinkbelages verursacht sind.

Ähnliche Erscheinungen traten in einem Metallwerke auf, als ein Schmelzofen, in dem zinkhaltige Bleiabfälle zwei Jahre hindurch eingeschmolzen waren, vorübergehend stillgelegt werden sollte. Die Arbeiter hatten, um die im Ofen vorhandenen Metalle noch vor dem nahen Weichnachtsfeste niederzuschmelzen, den Gebläsewind stärker als sonst angestellt. Dadurch verbrannten die zinkhaltigen Ansätze, die sich auf der Schamotteausfütterung des Ofens im Laufe der Zeit angesetzt hatten, zu Zinkoxyd, das in dichten weißen Schwaden ins Freie entwich; da die zur Absaugung der Metaldämpfe vorhandene Anlage infolge einer Störung nicht betrieben werden konnte, wurden die in der Nähe befindlichen Arbeiter so stark belästigt, daß sie nicht weiterarbeiten konnten.

In dem gleichen Unternehmen ist bei normalem Betriebe auch eine Anzahl von Arbeitern, von denen einige nicht im Schmelzofengebäude, sondern in dessen Nähe im Freien beschäftigt waren, an Bleivergiftung erkrankt. Es ist darauf gedrungen worden, daß die Anlagen zur Absaugung der bleihaltigen Gase verbessert werden.

In einer großen Lastkraftwagenfabrik werden ständig ein bis zwei Arbeiter am Sandstrahlgebläse beschäftigt. Da die verschiedensten Werkstücke auf ebene Koste gelegt werden, die in vorn offenen Holzgehäusen angebracht sind, und der Sandstrahl auf sie durch vom Arbeiter mit der Hand frei bewegliche Düsen geblasen wird, war der Arbeitsraum stets stark mit quarzhaltigem Staube erfüllt, obwohl die Holzgehäuse mit einem Exhaustor in Verbindung standen. Seit längerer Zeit war bereits, jedoch ohne Erfolg, auf eine bessere Beseitigung des Staubes gedrungen worden. Als nun bekannt wurde, daß ein seit etwa 6 Jahren am Sandstrahlgebläse beschäftigter älterer Arbeiter infolge der dauernden Einwirkung des scharfkantigen Staubes ernstlich erkrankt war, wurde der Werkleitung aufgegeben, solange keine wesentliche Verbesserung der bestehenden Anlage getroffen sei, die an den Sandstrahlgebläsen beschäftigten Arbeiter in vierteljährlichen Zwischenräumen ärztlich untersuchen zu lassen und von ihrer Arbeit abzulösen, sobald sich die geringste Schädigung der Atmungsorgane herausstellte. Ferner sollten die Arbeiter, wenn die Anlage nicht bald geändert würde, nach längstens einjähriger Arbeit am Sandstrahlgebläse abgelöst werden. Hiergegen erhob die Betriebsleitung Einspruch. Daraufhin wurde der Kreisarzt zu einer Besichtigung des Gebläseraumes veranlaßt. Da auch dieser anerkannte, daß bei dem jetzigen Zustande der Sandstrahlgebläse die an ihnen beschäftigten Arbeiter großen Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt sind, erklärte sich schließlich der Betriebsleiter bereit, den inzwischen not-

dürftig wiederhergestellten alten Arbeiter, der 6 Jahre am Sandstrahlgebläse gestanden hatte, von einem Lungenpezialarzte untersuchen zu lassen. Das von diesem erstattete eingehende Gutachten bestätigte, daß der Arbeiter lediglich infolge der schädlichen Einwirkung des Sandstaubes erkrankt war, und daß ein Fall einer ausgesprochenen Staublunge vorlag. Hervorzuheben ist nach dem Gutachten, daß der Arbeiter nicht an Tuberkulose erkrankt ist. Infolge des ärztlichen Gutachtens hat sich die Werksleitung dann bereit erklärt, die am Sandstrahlgebläse beschäftigten Arbeiter ebenfalls sofort ärztlich untersuchen zu lassen und diese Untersuchungen wiederholen zu lassen, bis ein Umbau der Sandstrahlgebläse stattgefunden hat.

In den beiden Jahren, auf die der Bericht sich erstreckt, mußten manchmal Forderungen nach Verbesserung der Einrichtungen für den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer zurückgestellt werden, da die Inhaber der Betriebe die dazu erforderlichen Mittel nicht aufbringen konnten. In einigen Holzbearbeitungsbetrieben konnte die Beschaffung oder sogar der Weiterbetrieb von Späneabsaugungsanlagen nicht durchgeführt werden. Ein Mitinhaber einer Möbelfabrik, in der zu Anfang des Jahres 1923 35 Arbeiter beschäftigt waren, erklärte dem Beamten, wenn er auf seiner Forderung einer Späneabsaugungsanlage beharre, würde er seinen Betrieb einstellen und sich nur seinem Handelsgeschäfte widmen, oder an seinen Arbeitsmaschinen allein arbeiten. In einer Bautischlerei mit 46 Arbeitern war die Späneabsaugung außer Betrieb gesetzt, weil angeblich die Stromkosten für den zu ihrem Betriebe erforderlichen Elektromotor zu groß waren. Selbst einer Holzriemenscheibensfabrik mit über 100 Arbeitern, die erst durch polizeiliche Verfügung zur Wiederinbetriebnahme ihrer Späneabsaugungsanlage gezwungen war, mußte später mit Zustimmung des Betriebsrates aus wirtschaftlichen Gründen die zeitweilige Außerbetriebsetzung der Anlage gestattet werden. Andererseits ist jedoch auf diesem Gebiete in anderen Betrieben, deren wirtschaftliche Lage besser war, ein Fortschritt erzielt worden.

Auch an den Ersatz veralteter Wascheinrichtungen durch neue war in manchen Betrieben nicht zu denken. Eine kleine, nur vorübergehend infolge von Auslandsaufträgen betriebene Glühlampenfabrik mußte in den völlig unzureichenden Räumen bis zur Erledigung der Aufträge belassen werden.

Verbesserungen der Entlüftung von Arbeitsräumen haben bei den Revisionen häufig verlangt werden müssen. Während des Jahres 1923 waren auch die Geschäftsräume der Banken zuweilen derart mit Angestellten überfüllt, daß diese über unzureichende Entlüftung klagten. In einem solchen Falle war eine Lüftererneuerung nur durch die Tür nach der Straße und einen kleinen, nur selten betriebenen Ventilator möglich.

Unzulängliche Arbeitsräume wurden auch verschiedentlich in Zigarrenmachereien angetroffen, jedoch mußte auch bei ihnen meist in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage von durchgreifenden Verbesserungen vorläufig Abstand genommen und ihre Weiterbenutzung lediglich unter Beschränkung der Arbeiterzahlen geduldet werden. Buchdruckereien mußten mehrfach auf die vorgeschriebene Erneuerung des Wandanstriches

und auf bessere Reinigung der Gehekrästen hingewiesen werden. Zu besonders vielen Anständen gab der Zustand der Aufenthaltsräume und Aborte Anlaß. Die Sauberkeit dieser Einrichtungen ließ vor allem in den Steinbruchsbetrieben sehr zu wünschen übrig. In einem Öl verarbeitenden Betriebe war so wenig für die Reinigung der Aborte geschehen, daß diese bis über die Erde mit Kot angefüllt waren. In einem Textilbetriebe mußte die Beseitigung des Ungeziefers von den Abortstätten verlangt werden.

Wenn auch oft die Arbeitgeber wenig Interesse für die zum Gesundheitsschutz ihrer Arbeiter nötigen Einrichtungen gezeigt haben, so ist doch auch bei den Arbeitnehmern selbst ebenfalls noch oft wenig Verständnis für diese Einrichtungen zu finden gewesen. In einer Schleiferei war die Entstaubungsanlage auf Veranlassung des zuständigen Beamten instand gesetzt. Aber schon bei der nächsten Besichtigung dieses Betriebes wurde festgestellt, daß sie von den Arbeitern nur mangelhaft benutzt und erhalten wurde. Für die Herstellung der richtigen Rohrverbindungen und für ihr Dichthalten fehlte fast jedes Verständnis. Ebenso waren auch in einigen Holzbearbeitungsbetrieben die Saugköpfe der Späneabsaugungsanlagen von den meisten Maschinen abgenommen. In einer Fahrradfabrik fiel auf, daß der Raum, in dem ein von einem dichten Kasten umgebenes Sandstrahlgebläse mit fester Düse betrieben wurde, stark mit Staub erfüllt war. Die Arbeiter erklärten zunächst, der Kasten sei nicht dicht, und seine Tür lasse sich nicht schließen. Tatsächlich stand die Tür eine Hand breit offen, und aus der dadurch entstandenen Spalte drang der Staub in dichten Wolken heraus, die den Bedienungsmann fast ganz umhüllten. Es stellte sich dann aber heraus, daß sich die Tür wohl dicht schließen ließ, der Arbeiter aber, der die Werkstücke durch verhangene Armlöcher in der Tür festhalten und unter den Strahl führen sollte, sich die Arbeit zu erleichtern versuchte, indem er die Unterarme auf den Rand der Armlöcher stützte und dann die Werkstücke durch Hin- und Herbewegen der Tür in den Bereich des Strahles brachte. Er nahm dabei die Staubbelästigung gern mit in Kauf. In einer Lumpensortiererei erhoben die Arbeiterinnen Einspruch dagegen, daß die Sortiertische, wie beabsichtigt, an eine Entstaubungsanlage angeschlossen würden. Sie fürchteten, durch Zug an den Händen belästigt zu werden. Da nur Weißzeug sortiert und starke Staubentwicklung dabei nicht bemerkt wurde, ist vorläufig dem Wunsche der Arbeiterinnen entsprochen. Über das zuweilen fehlende Bedürfnis nach Körperpflege und Körperreinigung bei älteren Personen geben die Äußerungen von zwei über 65 Jahre alten Arbeitern einen großen, mit guten Badeeinrichtungen versehenen Werkes Aufschluß. Der eine erklärte, er habe die Badeeinrichtung noch nie benutzt, denn so etwas sei nur für die Jugend, der andere bemerkte: „Ich darf mir die Füße überhaupt nicht waschen, das habe ich vor Jahren einmal getan, aber das Reißen davon bekommen.“

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Nach der Einführung der Rentenmarkwährung sanken die Löhne, die zum Teil schon mehrere Wochen vorher nach ihrem Goldwerte berechnet

waren, zunächst ganz beträchtlich. Während sich z. B. der Stundenlohn in der Stadt Braunschweig in der letzten Novemberwoche des Jahres 1923 für einen Facharbeiter in der Metallindustrie noch auf 620 Milliarden Mark belief, betrug er vom 1. Januar 1924 an nur noch 44 Rentenpfennige. Der Lohn der angelernten Arbeiter in diesem Industriezweige war von 570 Milliarden Mark auf 36 Rentenpfennige gesunken. Im Laufe des Jahres 1924 stiegen dann die Löhne meist wieder auf die Höhe im Jahre 1913 und darüber. In einer kleinen Druckerei einer Harzstadt, in der im Jahre 1923 lange verkürzt gearbeitet war, erklärten die Arbeiter im Januar 1924, der Betrieb arbeite wieder voll und sei jetzt „sozialisiert“. Tatsächlich teilten sich die Arbeiter mit dem Besitzer so in den Verdienst, daß jede Partei eine Hälfte des Gewinnes erhielt. Lohn wurde den Arbeitern daneben nicht gezahlt.

Die Zahlung von Sozialzulagen zum Arbeitslohne für die Frauen und Kinder, die in den Jahren nach dem Kriege in vielen Tarifverträgen vereinbart worden war, ist im letzten Jahre wieder mehr und mehr in Fortfall gekommen, da sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer sich wieder auf das reine Leistungsprinzip einzustellen beginnen.

Die Beschaffung von Wintervorräten, insbesondere von Kartoffeln und Brennstoffen, die während der Inflationszeit in großem Umfange seitens der Arbeitgeber mit Hilfe der Betriebsräte für die Werksangehörigen stattgefunden hatte, ist im letzten Jahre wieder merklich eingeschränkt worden. Ein größeres Unternehmen in einer kleinen Stadt hatte im Jahre 1923 eine eigene Schuhmacherwerkstatt eingerichtet, in welcher für die Belegschaft die Ausbesserung und Neuansfertigung des Schuhwerkes vorgenommen wurde. Dasselbe Werk verabsolgte im Jahre 1923 auch an Erwerbslose und Kleinrentner der Stadt auf Grund einer behördlichen Bedürftigkeitsbescheinigung täglich ein Liter warmes Essen. Dagegen hat ein anderes großes Unternehmen die freiwillige Geldunterstützung, die es seinen alten Invaliden gewährt hat, wegen Geldmangels eingestellt.

Die Klagen der Arbeitgeber über Diebstähle von Rohstoffen oder Arbeitserzeugnissen durch Betriebsangehörige, die im Berichte über das Jahr 1922 erwähnt waren, haben im letzten Jahre wesentlich nachgelassen. Der Inhaber einer Ziegelei klagte darüber, daß seine ortsansässigen Arbeiter seinen Abnehmern oft mehr Steine verabsolgt, als bezahlt und im Lieferscheine angegeben seien. Er habe festgestellt, daß statt 750 oder 800 bezahlten Steinen 800 und 1000 Stück aufgeladen seien. Um sich gegen derartige Veruntreuungen zu schützen, müsse er eine Anzahl ortsfremder Arbeiter, die in seiner Kaserne wohnten, mit seinen Abnehmern nicht bekannt und daher zuverlässiger seien, beschäftigen. Ein Arbeiter einer Glashütte bot schriftlich einem Kunden derselben Erzeugnisse des Werkes an, indem er angab, daß er sich seines Unrechtes wohl bewußt, aber in Not sei.

Den Arbeitnehmern einer maschinell betriebenen Glashütte wurde in der warmen Jahreszeit Kaffee-Erfaß, im Winter heißes Wasser zur Selbstbereitung von Kaffee zur Verfügung gestellt. Während zuerst nur die Arbeiterinnen und jüngeren Arbeiter das warme Getränk dem Bier

vorzogen, gewöhnten sich allmählich auch die älteren Arbeiter an seinen Genuß. Dadurch ging der Verbrauch an Bier so weit zurück, daß von der ganzen Belegschaft in drei Tagen nur 25 Flaschen verbraucht wurden.

In der Fürsorge für Verletzte sind in einigen Betrieben Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Eine Zuckerfabrik hat einen besonderen Verbandsraum geschaffen und diesen in mustergültiger Weise ausgestattet. Selbst chirurgisches Gerät für etwaige Operationen ist beschafft worden. In einer kleinen Stadt hat sich unter Leitung eines Arztes ein Samariterbund gebildet, durch den zwei Personen aus jedem größeren Betriebe als Samariter ausgebildet werden.

Braunschweig, den 1. März 1925.

Gewerbeaufsichtsamt.

Gerloff,
Landesgewerberat.

Revisionen gewerblicher Anlagen und

Gruppe	Bezeichnung der Industriezweige	Gesamtzahl der Revisionen	Darunter Revisionen	
			in der Nacht	an Sonn- und Festtagen
1	2	3	4	5
III.	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	(8 6	.	.
IV.	Industrie der Steine und Erden . .	(235 294	1 2	.
V.	Metallverarbeitung	(301 343	1	6
VI.	Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	(398 367	2	1
VII.	Chemische Industrie	(60 65	1	.
VIII.	Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Öle und Firnisse	(40 41	.	.
IX.	Textilindustrie	(32 35	.	.
X.	Papierindustrie	(47 47	2	.
XI.	Lederindustrie und Industrie leder- artiger Stoffe	(23 27	1	1
XII.	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	(421 503	2 4	2
XIII.	Industrie der Nahrungs- und Genuss- mittel	(1 217 1 403	57	38 31
XIV.	Bekleidungs-gewerbe	(402 465	.	.
XV.	Reinigungsgewerbe	(27 38	.	2
XVI.	Baugewerbe (Zimmerplätze und andere Bauhöfe)	(109 156	1	2
XVII.	Poligraphische Gewerbe	(67 71	.	.
—	Sonstige Industriezweige	(250 30	.	.
Zusammen . . .		(3 637 3 891	4 71	39 45

Tafel I**Unfalluntersuchungen im Jahre (1923) 1924**

Zahl der			Unfall- unter- suchungen	Bemerkungen
einmal	zweimal	drei- oder mehrmal		
revidierten Anlagen.				
6	7	8	9	10
3		1)	
2	2	.	1	
147	33	7	4)	
169	45	10	3	
165	30	22	39)	
238	25	13	21	
232	45	24	14)	
268	31	12	29	
23	7	4	5)	
17	9	6	6	
30	5	.	3)	
29	6	.	1	
9	7	3	1)	
16	4	3	6	
25	9	1	2)	
24	7	2	3	
13	5	.)	
18	1	2	.	
274	55	11	8)	
354	47	17	11	
956	101	17	12)	
865	155	55	17	
299	34	11)	
315	32	28	.	
21	.	.)	
28	3	1	1	
81	8	4	3)	
135	7	2	3	
41	10	2	2)	
55	8	.	.	
5	9	62)	
24	.	2	.	
2 324	361	169	93)	
2 557	382	153	102	

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Gruppe	Bezeichnung der Industriezweige	Zahl der Betriebe			Anzahl der in den						
		über- haupt	mit		er- wachse- nen männ- lichen Ar- beiter	Arbeiterinnen über 16 Jahre			jungen Leute v. 14–16 Jahren		
			Arbeiterinnen über 16 Jahre	Jugendlichen Arbeitern		von 16–21 Jahre	über 21 Jahre	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
XI.	3. Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren . .	(2	.	.	6
	4. Anlagen zur Herstellung von Präservations, Sicherheitspfeffern, Suspensorien u. dergl. .	(.
XII.	1. Industrie der Holz- und Schnitzstoffe — ausgenommen 2 —	(469 456	41 39	224 259	3 996 3 800	135 80	192 200	327 280	462 508	4 10	466 518
	2. Bürsten- u. Pinselmachereien	(4 4	1 2	1 2	25 17	6 4	5 6	11 10	4 7	.	4 7
XIII.	1. Industrie der Nahrungsmittel — ausgenommen 2 bis 9 —	(337 301	52 50	67 72	1 255 1 376	166 192	331 502	497 694	66 88	7 5	73 93
	2. Getreidemöhlen . .	(189 136	12 3	16 16	397 317	2 .	30 6	32 6	16 16	.	16 16
	3. Bäckereien u. Konditoreien	(295 322	6 6	95 118	418 501	12 7	12 12	24 19	107 120	3 1	110 121
	4. Rohzuckerfabriken, Zuckerraffinerien usw.	(29 29	28 23	19 4	5 143 4 588	109 13	281 280	390 293	95 24	14 .	109 24
	5. Anlagen zur Herstellung v. Zichorie .	(3 2	3 2	.	40 22	6 10	25 3	31 13	.	.	.
	6. Betriebe zur Herstellung von Fischkonserven
	7. Meiereien und Betriebe zur Sterilisierung von Milch	(160 146	42 38	24 10	251 259	28 12	64 44	92 56	24 10	.	24 10
	8. Betriebe zur Herstellung von Gemüße- und Obstkonserven usw. . .	(73 71	67 68	6 10	619 597	242 331	4 453 4 661	4 695 4 992	5 16	94 15	99 31
	9. Anlagen zur Anfertigung von Zigarren	(54 46	23 26	5 2	142 183	11 10	75 127	86 137	3 2	4 2	7 4

Betrieben beschäftigten			Zahl der revi- dierten Be- triebe	In den revidierten Betrieben wurden beschäftigt								Bemer- kungen
Kinder unter 14 Jahren				Erwachsene	Junge Leute von 14 16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren		Ar- beiter über- haupt			
männ- lich	weib- lich	zu- sam- men			männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich				
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
.	.	.	6	1	4	4)	
.)	
.	.	.	4 789	335	3 163	326	370	1	.	.	3 860)	
.	.	.	4 598	413	3 556	280	454	10	.	.	4 300	
.	.	.	40	3	21	5	4	.	.	.	30)	
.	.	.	34	1	13	3	5	.	.	.	2	
.	.	.	1 825	220	1 094	576	56	5	.	.	1 531)	
.	.	.	2 163	157	1 247	663	84	5	.	.	1 999	
.	.	.	445	76	252	5	14	.	.	.	271)	
.	.	.	339	104	157	6	13	.	.	.	176	
.	.	.	552	231	323	18	80	.	.	.	421)	
.	.	.	641	251	440	13	107	.	.	.	560	
.	.	.	5 642	29	5 143	370	108	.	.	.	5 621)	
.	.	.	4 905	29	4 588	293	24	.	.	.	4 905	
.	.	.	71	3	40	31	71)	
.	.	.	35	2	22	13	35	
.)	
.	.	.	367	115	185	74	14	.	.	.	273)	
.	.	.	325	126	234	44	10	.	.	.	288	
.	.	.	5 413	70	607	4 660	75	24	.	.	5 366)	
.	.	.	5 620	68	591	4 972	16	15	.	.	5 594	
.	.	.	235	26	62	50	2	3	.	.	117)	
.	.	.	324	44	176	137	2	2	.	.	317	

Gruppe	Bezeichnung der Industriezweige	Zahl der Betriebe			Anzahl der in den						
		über- haupt	mit		er- wachse- nen männ- lichen Ar- beiter	Arbeiterinnen über 16 Jahre			jungen Leute v. 14-16 Jahren		
			Arbeiterinnen über 16 Jahre	jungen männlichen Arbeitern		von 16-21 Jahre	über 21 Jahre	zu- sammen	männ- lich	weib- lich	zu- sam- men
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
XIV.	1. Bekleidungs- gewerbe — ausge- nommen 2 — . . .	(51 48	28 37	28 20	329 210	236 251	356 373	592 624	2 4	29 53	31 57
	2. Wertstätten der Kleider- u. Wäsche- tonfektion	(396 362	386 349	76 127	53 38	813 733	252 186	1 065 919	7 3	71 164	78 167
XV.	Reinigungsgewerbe .	(53 50	43 46	8 5	49 47	102 45	134 152	236 197	5 .	5 5	10 5
XVI.	1. Baugewerbe (Zim- merplätze und an- dere Bauhöfe) — ausgenommen 2 — .	(87 87	. .	54 41	1 173 1 074	116 92	. .	116 92
	2. Betriebe, in denen Maler-, Anstreich- er-, Tüncher-, Weißbinder-, Lackie- rerarbeiten aus- geführt werden (soweit sie nicht zu einer anderen Gruppe gehören) .	(8 8	. .	5 2	62 101	12 3	. .	12 3
XVII.	1. Polygraphische Ge- werbe — ausge- nommen 2 — . . .	(10 10	5 4	6 5	103 117	12 10	41 32	53 42	9 11	1 .	10 11
	2. Buchdruckereien u. Schriftgießereien .	(59 59	32 23	25 25	791 887	114 70	159 192	273 262	42 51	3 5	45 56
—	Sonstige Industrie- zweige	(1 .	. .	1 .	15	2 .	. .	2 .
Zusammen		(3 376 3 168	960 864	1 170 1 210	43 413 40 547	4 224 2 875	10 985 10 740	15 209 13 615	2 864 2 669	447 488	3 311 3 176

Betrieben beschäftigten				Zahl der revidierten Be- triebe	In den revidierten Betrieben wurden beschäftigt								Bemer- kungen
Kinder unter 14 Jahren			Ar- beiter über- haupt		Erwachsene		Junge Leute von 14—16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren		Ar- beiter über- haupt		
männ- lich	weib- lich	14- jäh- rige			Ar- beiter	Ar- beiter- innen	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich			
12	13	14	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
.	.	.	952	41	314	516	1	24	.	.	855)		
.	.	.	891	44	122	599	4	53	.	.	778		
.	.	.	1 196	303	53	809	10	98	.	.	970)		
.	.	.	1 124	331	31	889	2	151	.	.	1 073		
.	.	.	295	24	33	133	1	2	.	.	169)		
.	.	.	249	32	33	147	.	4	.	.	184		
.	.	.	1 289	52	708	.	57	.	.	.	765)		
.	.	.	1 166	69	807	.	73	.	.	.	880		
.	.	.	74	5	29	.	7	.	.	.	36)		
.	.	.	104	7	97	.	3	.	.	.	100		
.	.	.	166	10	103	53	9	1	.	.	166)		
.	.	.	170	8	107	40	10	.	.	.	157		
.	.	.	1 109	43	716	255	74	4	.	.	1 049)		
.	.	.	1 205	55	832	260	49	5	.	.	1 146		
.	.	.	17	1	15	.	2	.	.	.	17)		
.	.	.	61 933	2 391	39 586	13 809	2 563	356	.	.	56 314)		
.	.	.	57 319	2 621	38 465	13 329	2 328	451	.	.	54 573		

Tafel III

Zahl der Arbeiter in Betrieben, für die besondere Vorschriften des Bundesrats gemäß § 120e der Gewerbeordnung erlassen sind, soweit diese Betriebe nicht in Tafel II nachgewiesen sind. Verhältnis der revidierungspflichtigen zu den revidierten Betrieben. (1923) 1924.

Gruppe	Bezeichnung der Industriezweige	Vorhandene		Revidierte		Revisionen
		Anlagen	Arbeiter	Anlagen	Arbeiter	
1	2	3	4	5	6	7
IV.	Steinbrüche u. Steinhauereien	(73 92	376 307	44 75	217 275	(49) 95
IV.	Glashütten, Glaschleifereien	(.)
VI.	Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren . . .	(.)
VII.	Anlagen, in denen Thomaschlacke gemahlen oder Thomaschlacke gelagert wird . .	(.)
IX.	Anlagen zur Bearbeitung von Faserstoffen usw. (Lumpensortierereien)	(6 5	21 16	2 4	14 10	(3) 4
XI.	Kohhaarspinnereien, Haar- u. Borstenzurichtereien	(.)
XI.	Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren	(1 .	2)
XI.	Anlagen zur Herstellung von Präservativen, Sicherheitspessarien, Suspensorien usw.	(.)
XII.	Bürsten- und Pinselmachereien	(13 11	13 16	2 4	2 4	(2) 5
XIII.	Bäckereien und Konditoreien	(387 322	641 460	304 294	429 411	(353) 403
XVI.	Maler-, Lackier- und Anstreicherwerkstätten	(104 106	232 392	36 68	75 231	(37) 72
XVII.	Buchdruckereien und Schriftgießereien	(3 1	5 2)
XXII.	Gast- und Schankwirtschaften .	(244 274	2 798 1 873	75 26	1 010 349	(249) 30
	Zusammen	(831 811	4 088 3 066	463 471	1 747 1 280	(693) 609

Anmerkung: Etwaige sonst hierher gehörige Betriebe sind an der entsprechenden Stelle aufzuführen.

Jahresbericht

des

Bergrevierbeamten für die Jahre 1923 und 1924, erstattet auf Grund seiner Tätigkeit als Gewerbeaufsichtsbeamter auf den der Aufsicht der Bergbehörde unterstehenden Betrieben im Freistaate Braunschweig gemäß § 139b der Gewerbeordnung.

(Hierzu 2 Tafeln.)

Einleitung.

Die regelmäßige Überwachung der unter bergbehördlicher Aufsicht stehenden Grubenbetriebe mit Zubehör ist in der gleichen Weise erfolgt wie im Vorjahre.

I. Arbeitnehmer im allgemeinen (Arbeiter und Angestellte).

A. Arbeitnehmer im allgemeinen.

Die Zahl der ständig beschäftigten Personen (Arbeiter und Angestellte) hat in den Jahren (1922) 1923 und 1924 betragen: (8366) 8453, 5423. Davon waren Arbeiter (7852) 7975, 5087 und Angestellte (514) 478, 336.

Es waren beschäftigt im Braunkohlenbergbau (5025) 5123, 3366, im Salzbergbau (1804) 1606, 724, im Eisensteinbergbau (1109) 1324, 1027, in den sonstigen bergbaulichen Betrieben (428) 400, 306 Personen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen hat gegen 1922 (123) abgenommen und betrug 91 bezw. 47.

Die Zahl der jugendlichen (1922:61) betrug 57 bezw. 23.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die im III. Vierteljahr 1923 noch eine leichte Zunahme erfahren hatte, hat seit dem letzten Vierteljahr 1923 ständig abgenommen, scheint aber im letzten Berichtsvierteljahr wieder einigermaßen ständig geworden zu sein. Die gewaltige Abnahme im Jahre 1924 ist auf die schwierige Wirtschaftslage der Industrie zurückzuführen, die bei der Stabilisierung der deutschen Währung durch Einführung der Rentenmark zutage trat. Besonders erschwerend für die Fortführung der Betriebe wirkte der durch die Stabilisierung der Mark hervorgerufene Geldmangel mit seinen Auswirkungen, Absatzstochung und Kreditnot. Auch die Ruhrbesetzung lähmte Handel und Wandel.

Es wurde daher für sämtliche Betriebe zur Existenzbedingung, sich auf wirtschaftlichere Betriebsführung nicht nur gegen die vorhergegangene Inflationsperiode, sondern auch gegen die Vorkriegszeit umzustellen.

Dies machte unter anderem eine Erhöhung der Leistung durch Verlängerung der Arbeitszeit und einen Abbau von Angestellten und Arbeitern erforderlich.

Die Betriebe, für die Wirtschaftlichkeit nicht zu erzielen war, mußten abgestoßen und stillgelegt, ebenso alle unproduktiven Arbeiten wie Aus- und Vorrichtung, sämtliche Neubauten und dergl. aufgegeben werden. Aus diesen Gründen wurde am 28. August 1923 der Betrieb eines Steinsalzbergwerkes mit zwei Schachtanlagen auf eine Schachanlage zusammengelegt. Die Belegschaft des stillgelegten Werkes konnte zunächst auf der anderen Schachanlage untergebracht werden. Dann erfolgte die Einstellung eines Braunkohlentiefbaubetriebes (1. August 1924) sowie zweier Kaliwerke, deren Belegschaften bis auf eine geringfügige Zahl entlassen werden mußten (17. Mai und 30. August 1924).

Wegen Absatzmangel stellten bereits am 1. Dezember 1923 eine andere Braunkohlengrube und zwei Bricketfabriken ihre Betriebe ein.

Die Mitwirkung der Arbeitnehmervertretungen (z. B. bei Unfallsuntersuchungen oder Revisionen der Seilfahreinrichtungen) vollzog sich reibungslos im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Auf jedem Werk hat jährlich einmal eine Besprechung in Fragen der Unfallverhütung und zur Beseitigung von Gesundheitsgefahren gemäß § 66, Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes stattgefunden. Bei keiner dieser Besprechungen sind seitens der Arbeitnehmervertreter zur Sache gehörende Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit oder allgemeinem Interesse zur Erörterung gestellt worden. Es ergab sich im Gegenteil fast stets, daß die Betriebsräte meist überhaupt nichts vorzubringen hatten, obgleich ihnen durch frühzeitige Ansetzung der Termine zu Vorbesprechungen untereinander und mit der Belegschaft sowie zur Materialsammlung stets genügend Zeit und Gelegenheit gegeben war.

Während des letzten Inflationsjahres wurden die Tarifverträge durch monatliche bis wöchentliche Lohn tafeln und nach erfolgter Stabilisierung durch Lohn tafeln auf Rentenmarktgrundlage ergänzt. Neue Tarifverträge (Manteltarife) sind nicht abgeschlossen worden. Die vorhandenen Verträge wurden zwar Ende 1923 durch die Arbeitgeber zum Zwecke der Einführung einer verlängerten Arbeitszeit gekündigt, aber den neuen Arbeitsverträgen unter Abänderung der Bestimmungen über die Arbeitszeit wieder zu Grunde gelegt, was bei der erfolgten Ablehnung der Arbeitnehmerchaft durch Schiedssprüche der von dem vom Herrn Reichsarbeitsminister eingesetzten Schlichter gebildeten Schlichtungskammer für die Braunkohlen- und Kaliindustrie am 22. Dezember 1923 bzw. 7. Januar 1924 bestätigt wurde. Diese Schiedssprüche hat der Herr Reichsarbeitsminister am 8. bzw. 16. Januar 1924 für verbindlich erklärt.

Neue Arbeitsordnungen sind nicht abgeschlossen, die bestehenden nicht geändert worden.

Hervorgerufen durch die unerwartet schnelle Geldentwertung kam es im Jahre 1923 abgesehen von einem kurzen Streit vom 15. bis 18. September zu zwei längeren Lohnstreits, die sämtliche Braunkohlenbetriebe betrafen;

der erste dauerte vom 9. bis 15. August, der zweite vom 20. Oktober bis 1. November. Beide Streiks sind durch Schiedsspruch beigelegt worden. Während der Streikzeit wurden Notstandsarbeiten verrichtet, so daß die technische Nothilfe nicht einzugreifen brauchte.

Diese Streiks haben auch den Betrieb eines Steinsalzwerkes in Mitleidenenschaft gezogen insofern, als das den Betriebsstrom liefernde Überlandwerk aus Kohlenmangel nur noch Lichtstrom abgeben konnte, was die Belegschaft während zweimal sechs Tagen am Einfahren hinderte.

Auf demselben Steinsalzwerk wurden am 22. Dezember 1923 fast sämtliche Tagesarbeiter und Handwerker fristlos entlassen, da sie bei Einführung der Vorkriegsarbeitszeit die Arbeit nicht aufnehmen wollten. Am 4. Januar 1924 ist in diesen Betriebszweigen die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Auf einem anderen Kaliwerk traten im August und Dezember 1923 die Arbeiter in Lohnstreiks, wodurch ihnen 4956 Schichten entgingen.

Im Jahre 1924 fanden keine Streiks statt.

Der vorerwähnte Lohnstreik im September 1923, der mit einer Ausnahme sämtliche Braunkohlengruben betraf, gab der Verwaltung Veranlassung, die Belegschaft, soweit sie die Arbeit auf Aufforderung am nächsten Tage nicht wieder aufnahm, fristlos zu entlassen.

Von den zur Entlassung gekommenen Belegschaftsmitgliedern wurden über hundert nicht wieder eingestellt. Diese riefen auf Grund des § 86 Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes den Schlichtungsausschuß an, der die Verfahren zur Herbeiführung der Entscheidungen des Gewerbegerichtes für die Braunkohlengruben des Freistaates Braunschweig aussetzte.

Soweit die Entscheidungen bisher gefällt worden sind, sind die Klagen abgewiesen worden.

Das Staatsministerium hat im März 1924 den Vorsitz des Berggewerbegerichtes, das mit Mitgliedern der Bergbehörden besetzt war, mit Rücksicht auf die örtliche Lage der Braunkohlenbetriebe einem Mitgliede des Amtsgerichts Helmstedt übertragen.

Die Werke bedienen sich zur Erlangung von Arbeitskräften der vorhandenen Arbeitsnachweise. Das Angebot an Arbeitskräften war reichlich, nur an gelernten Bergarbeitern und Handwerkern fehlte es zum Teil.

Im Jahre 1923 fanden im Gegensatz zu 1924 trotz der wiederholt und in erheblichem Maße eintretenden Absatzstörungen abgesehen von den vorerwähnten Fällen nur wenige Abfehrungen statt, hingegen mußten zur Angleichung der Produktion an den Absatz bei der durch den Kreditmangel hervorgerufenen Unmöglichkeit der Güterstapelung zahlreiche Feierschichten eingelegt werden. Hauptsächlich wurden hiervon betroffen die Braunkohlen- und Kaligruben.

An Höchstzahlen können hier genannt werden 86 Feierschichten in den Monaten März bis Dezember 1923 auf einem Steinsalzwerk oder 124 Feierschichten auf demselben Werk trotz Verringerung der Belegschaft von 342 auf 151 Mann im Jahre 1924 und 60 Feierschichten auf einem Braunkohlentagebau in der Zeit von Januar bis August 1924.

B. Arbeiter.

Die Frage der Dauer der Arbeitszeit war, wie im vorstehenden schon erörtert, eine der wichtigsten im ganzen Wirtschaftsleben der Berichtsjahre. Sie fand eine einstweilige Regelung durch die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 und die darauf erfolgten, in Absatz I A 3 erwähnten Schiedssprüche, die die Vorkriegsarbeitszeit wieder einführte.

Sonntagsarbeiten wurden auf Grund des § 105 c Abs. 1 Ziff. 1 der Gewerbeordnung vorgenommen bzw. gemäß § 105 f besonders zugelassen, und zwar für einen Betrieb mit seinen Zubehöriteilen für 4 Sonntage.

Nachtarbeit ist allgemein auf den Braunkohlentagebauen geleistet worden, sonst nur in eiligen oder dringenden Fällen in beschränktem Maße.

Nachteilige Einflüsse auf die körperliche Entwicklung und das sittliche Leben der Arbeiterinnen sind nicht beobachtet worden.

In die Betriebsvertretungen der Bergarbeiter sind Frauen bisher nicht gewählt worden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist im Verhältnis zu den Gesamtbelegschaften zu gering, als daß sie Anspruch auf besondere Vertretung erheben könnten.

Zu Nachtschichten oder schweren Arbeiten wurden die Jugendlichen nicht herangezogen. Zu einem geringen Teile handelt es sich um Lehrlinge in den Betriebswerkstätten. Kinder unter 14 Jahren sind nicht beschäftigt worden.

Das Verhalten der jugendlichen Arbeiter während und auch außerhalb der Arbeitszeit hat wiederholt zu Klagen Veranlassung gegeben.

Es wurde die Beobachtung gemacht, daß wegen der durch die Gewerbeordnung für die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern eingeführten Bestimmungen und Beschränkungen Lehrlinge unter 16 Jahren nur ungern in die Betriebswerkstätten aufgenommen werden.

Nach der Stabilisierung der Währung und Einführung der verlängerten Arbeitszeit hat die Benutzung der Freizeit zum Nebenberuf in fremder Landwirtschaft oder in handwerkemäßiger Ausübung aufgehört.

C. Angestellte.

Die Arbeitszeit ist tariflich geregelt, desgleichen die Sonntagsruhe.

Die Zahl der Angestellten betrug 456 männliche, 19 weibliche und 3 Lehrlinge im Jahre 1923; 321 männliche, 14 weibliche und 1 Lehrling im Jahre 1924.

Weibliche Angestellte sind in den Geschäftszimmern verschiedener Bergwerksverwaltungen als Maschinenschreiberinnen und zur Bedienung der Fernsprecher beschäftigt, insgesamt 19 bzw. 14.

II. Schutz der Arbeitnehmer vor Gefahren.**A. Betriebsunfälle.**

Die Zahl der angemeldeten Unfälle in den Berichtsjahren 1923 und 1924 betrug 354 bzw. 287 gegenüber 397 im Jahre 1922.

Die Hundertsätze der Unfälle betragen auf die Gesamtbelegschaften berechnet 4,19 v. H. bzw. 5,29 v. H.; im Jahre 1922 waren es 4,75 v. H. Von den Angestellten verunglückten 10 bzw. 9.

Von den gemeldeten Unfällen wurden 80 bzw. 58 untersucht, und zwar 46 bzw. 34 in bergpolizeilicher Hinsicht und 34 bzw. 24 auf Ersuchen der verschiedenen Berufsgenossenschaften. Auf schwere oder rentenpflichtige Unfälle entfielen 10 (= 2,9 v. H. der Unfälle) bzw. 4 (= 1,4 v. H.) gegenüber 6 im Vorjahre (= 1,5 v. H.).

Während 1922 sich nur 7 tödliche Unfälle ereigneten, sind in den Berichtsjahren je 11 Menschenleben durch Betriebsunfälle zu beklagen, wodurch der Tausendssatz auf die Gesamtbelegschaften berechnet von 0,84 auf 1,30 und 2,03 ansteigt.

Die Ziffer für das Jahr 1922 war die bisher niedrigste gewesen, was wohl mit der niedrigen Arbeitsleistung in Zusammenhang stand.

Die Ursache des Steigens dürfte, wie es sich auch aus den Unfallhergängen ergibt, auf eine gewisse Nervosität der Belegschaften zurückzuführen sein, die im Jahre 1923 infolge der Inflation vielfach mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und sich seit Anfang 1924 vor die Notwendigkeit höherer Leistungen oder drohende Arbeitslosigkeit gestellt sahen.

Auf die verschiedenen Bergbauarten verteilen sich die Unfälle in ungefähr gleichem Verhältnis zur Größe der Belegschaften.

Zur Beseitigung vorgefundener Mängel in bezug auf die zur Unfallverhütung erlassenen Vorschriften wurden Maßnahmen auf dem Wege der schriftlichen Verfügungen und Zeche nbucheintragungen getroffen.

Erfassungsanträge wegen Zuwiderhandlungen gegen berggesetzliche oder bergpolizeiliche Vorschriften sind in vier Fällen gestellt worden. Drei Verfahren schweben noch, in einem Falle erfolgte Freispruch. Außerdem wurde in einigen Fällen eine Bestrafung nach den Arbeitsordnungen durch die Betriebsverwaltungen veranlaßt.

Infolge der schwierigen Wirtschaftslage, die nur produktive Arbeiten gestattete, konnte vor allem im Jahre 1924 am Zustande der Grubenbaue, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften nicht in dem Maße gearbeitet und gebessert werden, wie es eigentlich wünschenswert gewesen wäre.

Zur Beseitigung oder Herabdrückung der Gefahr, die tiefhängende Fahrdrählleitungen im Baggerbetriebe der Tagebaue bilden, wurden in geringerer Höhe seitlich dazu geerdete Schutzdrähle angeordnet, die sich bisher gut bewährt haben.

Zur Verringerung der Steinfallgefahr ist auf einer Eisensteingrube eine neue Abbaumethode eingeführt worden, die sich als zweckmäßig erwiesen hat.

B. Gesundheitsgefährliche Einflüsse.

Der Gesundheitszustand war im allgemeinen befriedigend. Verstöße gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen konnten bei den Revisionen kaum festgestellt werden; gegebenenfalls erfolgte sofortige Abstellung.

Besondere Aufmerksamkeit ist den Beleuchtungsverhältnissen während der Nachtschicht auf den Braunkohlentagebauen und ihrer Verbesserung gewidmet worden.

III. Wirtschaftliche und sittliche Zustände.

Für das Inflationsjahr 1923 Zahlen über die Erwerbsverhältnisse zu bringen, erübrigt sich mangels jeglicher Vergleichbarkeit. Es kann nur gesagt werden, daß wie im Vorjahre die Lohnstufen der fortschreitenden Geldentwertung in immer kürzer werdenden Zwischenräumen angepaßt wurden und die Auszahlung möglichst pünktlich erfolgte, so daß sich im allgemeinen eine ausgesprochene Notlage nicht bemerkbar machte.

Im Jahre 1924 sind an die Arbeitnehmer einschließlich der weiblichen und jugendlichen Arbeiter ohne Berücksichtigung der Angestellten 6484090 *M* Lohngehalt einschließlich der Versicherungsbeiträge der Arbeiter gezahlt worden. Dies ergibt einen Durchschnittsjahresverdienst von 1274,32 *M* je Mann, wobei die Einlegung zahlreicher Feierschichten zu berücksichtigen ist.

Während der Leistungslohn (einschließlich Versicherungsbeiträge) des erwachsenen männlichen Arbeiters im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre 1924 je Schicht im Braunkohlentiefbau 4,67 *M* (Tagebau 4,25), im Salzbergbau 4,12, im Eisensteinbergbau 4,21 *M* ausmachte, betrug der Barverdienst je Schicht (Leistungslohn + Zuschläge für Überarbeit + Hausstands- und Kindergeld) im Braunkohlentiefbau 5,11 *M* (Tagebau 4,62), im Salzbergbau 4,40, im Eisensteinbergbau 4,33 *M*.

Der Barverdienst der Arbeiterin war im Braunkohlenbergbau 2,58 *M*, im Salzbergbau 2,31 *M*, im Eisensteinbergbau 1,94 *M*. Für die jugendlichen Arbeiter lauten die entsprechenden Zahlen des Barverdienstes 1,51 *M*, 1,43 *M*, 1,50 *M*.

Die Versicherungsbeiträge der Arbeiter je versahrene Schicht beliefen sich auf 0,35 bis 0,49 *M*.

Als Urlaubsentschädigung wurde gezahlt je Urlaubsschicht 3,51 bis 4,34 *M*.

Zur Erhöhung der Leistung des einzelnen Arbeiters ist im Jahre 1924, soweit als möglich, die Gedingearbeit eingeführt worden. Die im Gedinge verdienten Löhne, deren Sätze auf den einzelnen Werken besonders vereinbart wurden, übersteigen beträchtlich die Schichtlöhne und erreichten zum Teil 6,80 bis 7,20 *M* je Schicht.

Der Einkauf von Lebensmitteln für die Belegschaften, für den fast durchweg im Jahre 1923 in reichlichem Maße durch die Verwaltungen gesorgt wurde (auch Viehschlachtungen auf den Werken selbst), hat nach Stabilisierung der Währung so gut wie aufgehört, da Lebensmittel ebenso wie Textil- und Schuhwaren nun wieder unter gleich günstigen Bedingungen in den Geschäften der Dörfer und naheliegenden Städten zu erhalten waren. Nur in vereinzelten Fällen und auf besonders geäußerte Wünsche einzelner Belegschaften sind im Jahre 1924 noch frische und geräucherte Fische, Butter, Margarine, Kaffee und dergl. beschafft worden.

An der Fürsorge der Versorgung mit Hausbrand der Belegschaften änderte sich nichts.

Ein Mangel an Wohnungen machte sich nicht mehr in dem Maße bemerkbar wie in den Vorjahren. Ein größeres Werk meldete sogar für beide Berichtsjahre, daß die Wohnungsnot für die Belegschaftsmitglieder behoben sei.

Die Besserung der Wohnungsverhältnisse im Bergbau wird allerdings nicht so sehr auf eine Vermehrung der Wohnungen, als vielmehr auf die Verminderung der Belegschaften zurückzuführen sein.

Die größeren Werke beteiligten sich mit Beiträgen an den Siedlungsgesellschaften oder gewährten ihren Arbeitern Hypotheken für eigene Siedlungsbauten. Ein größeres Kalimert hat auch neben 125 vorhandenen Wohnungen für Angestellte und Arbeiter 8 möblierte Wohnzimmer für unverheiratete Angestellte geschaffen.

Ledigenheime im Braunkohlenbergbau sind wegen der damit gemachten schlechten Erfahrungen aufgegeben worden. Sie wurden zu Arbeiterwohnungen umgebaut.

Klagen über Wohnungsverhältnisse sind nicht bekannt geworden.

Ein großes Eisensteinbergwerk errichtete eine Bibliothek zur geistigen Weiterbildung. Desgleichen sorgte eine Wochenzeitung für geistige Anregung und Aufklärung durch allerlei Artikel aus der Wirtschaft, Politik und Unterhaltung.

Das Rettungswesen wurde weiter ausgebildet.

Die Leistungen aus Kranken- und Pensionskassen sind im Laufe des Jahres 1924 ungünstiger geworden.

Mit Hilfe der Stiftung eines verstorbenen Direktors wurde im Oktober 1923 ein Altersheim eröffnet, wo 16 alleinstehende pensionierte Personen volle Verpflegung und Unterkunft finden gegen Zahlung von 40 % der Knappschaftspension.

Die Gewährung von Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes ist tariflich festgelegt und erfuhr keine Veränderung.

Die Versorgung der Belegschaften mit Feld- und Gartenland blieb in den Berichtsjahren dieselbe. Für die Landbestellung sind sogar von einem großen Eisensteinbergwerk eigene und gemietete Gespanne gestellt worden, ebenso half ein Motorpflug.

Zur Erntezeit standen z. T. Wertsdreschmaschinen zur Verfügung. Auch erhielten die Angestellten und Arbeiter zu Vorzugspreisen Ammoniak und Thomasmehl zur Düngung ihrer Ländereien.

Genossenschaften und Vereine, welche Kleintierzucht förderten, Schrot- und Mahlmühlen in Betrieb hatten sind mit Geldmitteln unterstützt worden.

Eine auf dem größten Eisensteinbergwerk eingerichtete Badeanstalt mit Brause-, Bannen- und Heißbädern, mit Bestrahlung durch Höhen Sonne, Inhalierungsräumen bei Erkältungs- und Bronchialkatarrhen wurde reichlich in Anspruch genommen.

Braunschweig, den 19. Februar 1925.

Rudolph, Bergat.

Revisionen gewerblicher Anlagen und Unfall:

Jahr	Gruppe	Bezeichnung der Industriezweige	Gesamtzahl der Revisionen	Darunter Revisionen	
				in der Nacht	an Sonn- und Festtagen
	1	2	3	4	5
1923	III	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	333		5
1924	III	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	335	15	8

Zahl der Arbeiter in den Betrieben mit mindestens Verhältnis der revisionspflichtigen zu den

Jahr	Grup- pe	Bezeichnung der Industriezweige	Zahl der Betriebe usw.			Anzahl der in den Betrieben usw.						
			über- haupt	mit		er- wach- senen männ- lichen Ar- beiter	Arbeiterinnen über 16 Jahre			jungen Leute v. 14—16 Jahren		
				Arbeiterinnen über 16 Jahre	jüngstlichen Arbeitern		von 16—21 Jahre	über 21 Jahre	zu- sam- men	männ- lich	weib- lich	zu- sam- men
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1923	III	Bergbau, Hütten- und Salinen- wesen	47	11	15	7 827	9	82	91	57		57
1924	III	Bergbau, Hütten- und Salinen- wesen	45	10	8	5 017	2	45	47	23		23

Tafel I.

untersuchungen in den Jahren 1923 und 1924.

Zahl der			Unfall- unter- suchungen	Bemerkungen
einmal revidierten Anlagen	zweimal	drei- und mehrmal		
6	7	8	9	10
3	5	39	80	
4	2	39	58	

Tafel II.

10 Arbeitern und in den diesen gleichgestellten Betrieben.
revidierten Betrieben in den Jahren 1923 und 1924.

beschäftigten				Zahl der revi- dierten Be- triebe (Bgl. Tabelle I)	In den revidierten Anlagen wurden beschäftigt:								Bemer- tungen
Kinder unter 14 Jahren			Ar- beiter über- haupt		Erwachsene		Junge Leute von 14—16 Jahren		Kinder unter 14 Jahren		Ar- beiter über- haupt		
männ- lich	weib- lich	zu- sam- men			Ar- beiter	Ar- beiter- innen	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich			
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
.	.	.	7 975	47	7 827	91	57	.	.	.	7 975		
.	.	.	5 087	45	5 017	47	23	.	.	.	5 087		

